

# ZUKUNFT 11

2010

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Verwaltungsreform zwischen  
Mythos und Desiderat

Georg Feigl

Weniger arbeiten,  
besser leben!

Fabian Lindner

Grenzenlose  
Pflegearbeit

Almut Bachinger

Kino  
der Solidarität

Thomas Riegler

4,50 Euro P.b.b. GZ 02Z033338 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr. 11

**BIENNALE ARCHITETTURA 2010**  
VENEZIA | GARDINI-ARSENALE



# EDITORIAL

Die Zeichen stehen auf Rot-Grün: Zwar waren zu Redaktionsschluss dieses Heftes die Koalitionsverhandlungen zwischen Wiener SPÖ und Grünen noch nicht abgeschlossen – doch selbst »Die Presse« scheint nach zwei Wochen intensiver Suche nach den Knackpunkten, die Rot-Grün doch noch scheitern lassen könnten, die Hoffnung auf eine Vizebürgermeisterin Christine Marek aufgeben zu haben. Rot-Grün in Wien ist eine österreichweite Premiere und kann weitgehende strategische Auswirkungen haben. Gerade deshalb werden wir im nächsten Heft dieser neuen Variante, nach einem erfolgreichen Abschluss der Koalitionsgespräche in Wien, entsprechende Aufmerksamkeit widmen.

Am Beginn dieser Ausgabe steht aber ein anderes Thema, das derzeit in aller Munde ist: die Verwaltungsreform. Von ihr hatte man sich Milliarden an Einsparungen erwartet, wie üblich ist sie auch bei diesem Budget ausgeblieben. **Georg Feigl** stellt in seinem Beitrag grundsätzlich in Frage, ob die **Erwartung**, mit einer **Verwaltungsreform** Milliarden einzusparen, nicht von Beginn an **künstlich übertrieben** wurde und was – abseits unrealistischer Geldregenwünsche – **tatsächliche Ansprüche an eine Verwaltungsreform** sein könnten.

In der Rubrik *Fragen über Fragen* repliziert **Caspar Einem** auf einen kritischen Leserbrief zu der in Heft 9/2010 angeschnittenen Frage der **Stärken des EU-Parlamentarismus**.

**Fabian Lindner** räumt in seinem Beitrag mit einem oft strapazierten Vorurteil auf: Dass **Arbeitszeitverkürzung** ein unrealistischer Wunschtraum wäre. Anhand des französischen **Beispiels der 35-Stunden-Woche** argumentiert er, unter welchen Rahmenbedingungen eine **Verkürzung der Arbeitszeit** mehr Beschäftigung mit sich bringt und **ökonomische, soziale und ökologische Zielsetzungen miteinander vereinbar macht**.

Nicht weniger aktuell ist der Beitrag von **Almut Bachinger**, der auf ihren Ausführungen auf den **Kongress Momen-**

**tum10 – Solidarität**, der heuer zum dritten Mal in Hallstatt stattgefunden hat, beruht. Sie untersucht die **Arbeitsbedingungen** im Zusammenhang mit der **legalen 24-Stunden-Pflege** und stellt dabei kritisch fest, dass das **Pflegeproblem keinesfalls als gelöst** betrachtet werden kann. Nach wie vor baue Pflegearbeit in Österreich auf einer Familialisierung zu Lasten von Frauen auf. Notwendig sei eine wesentlich stärkere Fokussierung auf öffentliche Sachleistungen.

Ein Jahr nach den gegen Wahlmanipulationen gerichteten **Massenprotesten im Iran** geht Thomas Königshofer – in einem **Follow-Up** zu einem Beitrag aus dem Heft 07-08/2009 – der Frage nach, in welcher Situation die **Protestbewegung im Iran heute** ist und welche Rolle **Twitter&Co** für sie spielen.

**Caspar Einem** hat sich für die Zukunft durch das heftig umstrittene Buch von **Thilo Sarrazin** gekämpft und eine **Zusammenfassung** für unsere LeserInnen erstellt.

**Thomas Riegler** hingegen widmet sich dem Thema des **solidarischen Kinos** am Beispiel des **kritischen Filmemachers Peter Watkins**. Auch dieser Text basiert auf einem Beitrag für den Kongress *Momentum10-Solidarität*.

Anschließend an die **Büchertipps** steht schließlich das **ökonomische Schlusswort** von **Helene Schuberth** am Ende dieses Heftes: Diesmal setzt sie sich mit den krisendämpfenden Zusammenhängen der öffentlichen Daseinsvorsorge auseinander.

Wir wünschen viel Vergnügen beim Lesen und Schauen.



# Inhalt



Biennale Architettura 2010 © Gábor Békési

- 6 **Verwaltungsreform zwischen Mythos und Desiderat**  
VON GEORG FEIGL
- 10 **Wie sich verständlich machen?**  
FRAGEN ÜBER FRAGEN VON CASPAR EINEM
- 12 **BIENNALE ARCHITETTURA 2010**
- 14 **Weniger arbeiten, besser leben!**  
VON FABIAN LINDNER
- 18 **BIENNALE ARCHITETTURA 2010**
- 20 **Grenzenlose Pflegearbeit**  
VON ALMUT BACHINGER
- 28 **140 Zeichen – ein Jahr danach**  
VON THOMAS KÖNIGSHOFER
- 32 **BIENNALE ARCHITETTURA 2010**
- 34 **Pamphlet oder Wegweiser**  
VON CASPAR EINEM
- 39 **BIENNALE ARCHITETTURA 2010**
- 40 **Kino der Solidarität**  
VON THOMAS RIEGLER
- 46 **BIENNALE ARCHITETTURA 2010**
- 48 **Buchtipps**  
Sachliches und Belletristisches
- 50 **Daseinsvorsorge und Krise**  
SCHLUSSWORT VON HELENE SCHUBERTH

# Verwaltungsreform zwischen Mythos und Desiderat

**Nachdem die Verwaltungsreform** seit Jahren als budgetäres Allheilmittel gepriesen wird, wird der »Verzicht« auf umfassende Einsparungen in der Verwaltung als größtes Versäumnis des Budgets kritisiert. Georg Feigl kritisiert in seinem Beitrag übertriebene Erwartungshaltungen und die mit dieser Übertreibung verbundene Gefahr, staatliches Handeln an sich zu delegitimieren.

**D**ie Verwaltungsreform wurde zu einem der am häufigsten gebrauchten und gleichzeitig am schlechtesten definierten Begriffe im öffentlichen Diskurs mit mystischer Dimension.<sup>1</sup> So kommt es, dass sie von allen Parteien versprochen und allen Medien eingefordert wird. Sie wurde dabei als Wundermittel zum Abbau der angehäuften Krisenschulden hochstilisiert, die langfristig mehrere Milliarden bringen soll. Nebenbei soll sie zur Lösung nahezu aller Probleme staatlicher Tätigkeit beitragen. Jetzt, nach Veröffentlichung des Konsolidierungspakets der Bundesregierung, macht sich Katerstimmung breit. Statt der im Vorjahr angekündigten bis zu 3,5 Mrd Euro, die die Regierung bis 2013 in der Verwaltung einsparen wollte, bleibt – ausgehend von der Liste aller geplanten Konsolidierungsmaßnahmen<sup>2</sup> – bestenfalls ein Zehntel übrig. Auch hier zeigte sich die Illusion, es schlummerten Milliarden in der Verwaltung, die problemlos gehoben werden könnten.

Erst jetzt hält Bundeskanzler Faymann richtiger Weise fest, dass 3 Milliarden Verwaltungskostenersparnis einem Abbau von 60.000 öffentlich Bediensteten bedeuten könnte – der nicht ohne Folgen für die Qualität öffentlicher Leistungen wäre. Doch die Geister, die man rief, wird man nur schwerlich wieder los. Das alles heißt allerdings nicht, dass Verbesserungen in der Verwaltung nicht notwendig wären – im Gegenteil. Ein besserer Staat ist der beste Schutz vor dem neoliberalen Dogma eines ausgehungerten Staates.

Bevor man sich der Verwaltungsreform seriös nähert, muss zunächst geklärt werden, was eigentlich unter dem Begriff Verwaltung verstanden wird. Leider gibt es aber keine eindeutige Definition. Die Auslegung schwankt zwischen einem Synonym für den gesamten öffentlichen Sektor inklusive Geldtransfers bis hin zu jenem kleinen Bereich, der

selbst keine direkten Leistungen für die Bevölkerung erbringt (Steuervollzug, oberste Regierungs- und Verwaltungsstellen, interne Organisation). Diese unterschiedlichen Sichtweisen sind die Wurzel für die Schätzung möglicher Einsparungsvolumina: mehrere Milliarden von über 140 Mrd. Staatsausgaben 2009 zu kürzen ist theoretisch möglich, von zuletzt insgesamt knapp 10 Mrd. Ausgaben für die öffentliche Verwaltung im engeren Sinne jedoch nicht.<sup>3</sup>

Ohne klaren Verwaltungsbegriff ist aber auch eine genaue Definition der Verwaltungsreform schwierig. Im Kern geht es um die bewusste Veränderung von Strukturen und Abläufen, die darüber hinaus eng mit den öffentlichen Leistungen selbst zusammenhängen. Anders ausgedrückt geht es darum, Dinge anders und/oder woanders bzw. andere Dinge zu tun – und das in knapp 2.500 Körperschaften und deren Teilstrukturen sowie rund 4.000 ausgegliederten Einheiten. Angesichts dieser Dimension scheint es notwendig, sich von DER Verwaltungsreform zu verabschieden und die Verbesserung der Verwaltung stattdessen als eine Vielzahl an konkreten Verwaltungsreformprojekten – zumeist innerhalb der Verwaltungseinheiten selbst – zu denken.

Leichter als die positive Definition ist die Abgrenzung von Änderungen, die nicht als Verwaltungsreformprojekte zu verstehen sind. Aktuell wird gerne von »Verwaltungsreform« gesprochen, wenn eigentlich das Abwälzen der Kosten der Krise auf Staat und breite Bevölkerungsschichten oder allgemein ein Angriff auf die staatliche Funktions- und Leistungsfähigkeit gemeint ist. Auch reine Sparmaßnahmen wie Gehaltskürzungen von BeamtInnen oder ein undifferenzierter Personalabbau quer über alle Bereiche sind zwar Einsparungen, aber ändert an der Verwaltungsorganisation noch gar nichts. In Zeiten von Schwarz-Blau-Orange wurde vor allem das als

1 Vgl <http://www.steuermuhen.at/index.php/effizienter-staat-statt-neue-steuern>

2 <http://images.derstandard.at/2010/10/27/papier.pdf>

3 [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/oeffentliche\\_finanzen\\_und\\_steuern/oeffentliche\\_finanzen/staatsausgaben\\_nach\\_aufgabenbereichen/034704.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/staatsausgaben_nach_aufgabenbereichen/034704.html)

4 <http://m.bmf.gv.at/BUDGET/budgets/2009/beilagen/Verwaltungsreform.pdf>

Verwaltungsreform bezeichnet, und auch heute noch ist selbst bei Wirtschaftsforschungsinstituten diese Interpretation noch zu finden.

Wie können Verwaltungsreformprojekte nun vorangetrieben werden? Im Folgenden drei Thesen, was diesbezüglich geboten scheint:

### **1. Verwaltungsreformprojekte sind Organisationsentwicklung**

Da es tausende mehr oder weniger selbständige Organisationseinheiten gibt, muss die Verwaltungsreform eigentlich aus tausenden einzelnen Reformprojekten bestehen, bei denen es hauptsächlich um Organisationsziele und -prozesse sowie Fragen der Steuerung gehen muss. Für die Bundesregierung bestehen zwei wesentliche Herausforderungen: Erstens, einen Wandel der Organisationskultur in den staatlichen Strukturen voran zu treiben, die Lust an Veränderungen zu fördern und Erfolge im eigenen Wirkungsbereich vorzuzeigen. Zweitens, eine Föderalismusreform als zentrales Projekt der Bundesregierung zur Beseitigung von Mehrgleisigkeiten in Angriff zu nehmen – in Kooperation mit Ländern, Städte- und Gemeindebund, etc.

Alle Einzelprojekte unter der Überschrift »Verwaltungsreform« zusammenzufassen ist weitgehend kontraproduktiv, weil das die notwendige Auseinandersetzung mit sehr konkreten Strukturen und Aufgaben nicht gerade erleichtert. Die Reformnotwendigkeiten der Schulen haben etwa wenig mit jenen im Bereich der Wirtschaftsförderung und nur zum Teil mit einer breiten Förderalismus-Strukturreform zu tun. Alles in einen Topf zu werfen erschwert die Diskussion und führt vor allem dazu, dass in der Öffentlichkeit das Bild eines ineffektiven und behäbigen Staates hängen bleibt. Damit werden auch die Erfolge verdeckt, die bereits erzielt wurden. Seit 1997 gab es auf Bundesebene über 200 Verwaltungsreformprojekte, die großteils positiv abgeschlossen wurden (zuletzt über 40 Projekte in der Verwaltungsqualitätsoffensive<sup>4</sup>). Ein wichtiges Sonderthema ist die Entscheidungsstruktur im öffentlichen

Bereich. Im Gegensatz zur Privatwirtschaft muss bzw. soll diese demokratisch legitimiert sein, und ihre strategischen Entscheidungen möglichst den Bedürfnissen aller bzw. zumindest einer Mehrheit entsprechen. Nicht Gewinnerwartungen oder Kaufkraft der NutzerInnen sind entscheidend, sondern politische Kräfteverhältnisse.

Das gilt nicht für jede operative Entscheidung, und nur beschränkt für Fragen des Ablaufs, sehr wohl aber für Grundentscheidungen über Umfang und Qualität staatlicher Leistungen. Reformentscheidungen gelingen umso besser, je konsensualer die Ziele einer Verwaltungseinheit sind und je klarer sie formuliert sind. Fehlt bezüglich Qualität und Menge einer Leistung ein weitgehender Konsens, fehlen zumeist klare Ziele und in Folge die Basis für Verwaltungsreformprojekte auf politischer Ebene. Beispiel Bundesheer: So lange die Illusion einer umfassenden Landesverteidigung nicht begraben wird, kann es auch zu keiner umfassenden Reform kommen.

Ohne weitgehende politische Einigkeit oder objektive Interessenübereinstimmung hilft der bloße Appell zur Reform nicht weiter (siehe LehrerInnen-Debatte). Konfliktscheitende Verwaltungsreformprojekte lassen sich bestenfalls unter Einbeziehung von Beschäftigten und Stakeholdern erreichen, sofern Kompromisse hinsichtlich konkreter Organisationsziele und Veränderungsrichtungen gefunden werden. Dies kann auch am ehesten helfen, Blockaden aufgrund reiner Partikularinteressen zu lösen.

### **2. Das Einsparungsvolumen darf nicht im Mittelpunkt stehen**

Die weltweiten Verwaltungsreformprojekte der letzten Jahrzehnte koppelten einen Umbau der staatlichen Bürokratie an eine zunehmende Ökonomisierung des staatlichen Handelns mit dem überwiegenden Ziel der Kostensenkung. Die Probleme von komplexen und damit langsameren öffentlichen Entscheidungssysteme wurden tendenziell so aufgelöst, dass sie vor allem durch Privatisierungen, Ausgliederungen oder interne Neuausrichtung auf rein ökonomische Zweckratio-

nalität sukzessive ausgehöhlt wurden (vgl. Rossmann 2009). Nicht nur in deutschen Städten sind Konzernabschlüsse ausgegliederter Kapitalgesellschaften bereits aussagekräftiger punkto Wohnbau- und Verkehrspolitik als die Gemeindefinanzen selbst – natürlich zu Lasten der parlamentarischen Kontrolle und der Berücksichtigung sozialer, ökologischer und anderer Ziele.

Geht es in erster Linie um Einsparungen, so ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass nachhaltige und sinnvolle Reformen letztlich auf der Strecke bleiben. So sah das, was bisher – insbesondere von der ÖVP – als Verwaltungsreform verkauft wurde, zumeist nur undifferenzierte Personaleinsparungen vor, die in manchen Bereichen bereits zu Leistungsver schlechterungen führten (z. B. Justiz, Schule).

Manche Reformen können am Beginn sogar Kosten verursachen, sind allerdings trotzdem sinnvoll (etwa e-government-Lösungen oder das neue Haushaltsrecht des Bundes). In der Regel bringen Sie jedoch nur langfristig Einsparungen, welche als allgemeine Effektivitätssteigerung schwer zu messen sind. Alle, die bereits eine ArbeitnehmerInnenveranlagung oder ähnliches via FinanzOnline gemacht haben, werden den Wert dieser Maßnahmen ohne Zweifel zu schätzen wissen. Ob Investitions- und IT-Kosten hier die Einsparungen überwogen haben, ist jedoch nicht sicher –, aber eben auch nicht wichtig.

Milliardenschwere Einsparungen sind mit einer Verwaltungsreform nur dann möglich, wenn damit weitgehende Gehaltseinschnitte und ein Leistungsabbau gemeint werden – seriöserweise sollte man dann aber nicht mehr von Verwaltungsreform sprechen. Es wäre eine Illusion zu glauben, dass bei einem Gesamtpersonalaufwand aller Bundesbediensteten von zuletzt etwas über 7 Mrd. Euro auch nur 1 Mrd. durch Personalabbau eingespart werden könnte, ohne dass es zu massiven Leistungseinschränkungen käme. Dennoch können trotz dieser Einschränkungen Einsparungen erreicht werden. Das ist vor allem dort möglich, wo mehrere Stellen auf unter-

schiedlichen gebietskörperschaftlichen Ebenen zumindest so ähnliche Tätigkeiten ausüben, dass sich Zusammenlegungen auszahlen. Wie etwa im Schulbereich, wo eine zentrale Kompetenzstelle für das Lehrpersonal ausreicht, sofern Personalentscheidungen direkt an der Schule getroffen werden.

Weitere Beispiele sind das Beschaffungswesen, die Finanzierungstätigkeit oder Infrastruktureinrichtungen, wo eine stärkere Zentralisierung zu Effizienzgewinnen führen kann. Hier müsste es darum gehen, bestehende Strukturen noch stärker zu nutzen (Bundesbeschaffung, ÖBFA, BIG, etc.), Präsidialsektionen zusammenzulegen und Kooperationen (beispielsweise zwischen Gemeinden oder Spitälern) zu fördern. So können auch Doppelgleisigkeiten (insbesondere im Förderungswesen, z. B. Landwirtschaft, Familie, Kultur, Siedlungswasserwirtschaft) vermieden werden. Einsparungen sind auch dort möglich, wo eine grundlegende Aufgabenkritik schon lange ausständig ist. Das betrifft das Außenministerium mit seiner üppigen Außenvertretung parallel zu EU-Vertretungen, die Landwirtschaft mit unzureichend veränderten Strukturen trotz jahrzehntelanger Schrumpfung des Sektors oder das Bundesheer, das trotz fehlendem Kalten Krieg immer noch auf umfassende Landesverteidigung ausgerichtet ist.

Ein wesentlicher Teilaspekt betrifft die föderale Struktur Österreichs, die eine zentrale Ursache für solche Mehrgleisigkeiten ist: In vielen Fällen wäre es sinnvoller, ganze Einheiten (Kleinstgemeinden, Bezirksstrukturen außerhalb Wiens, Kleinstspitäler, Wetter- und Nachrichtendienste) oder einzelne Aktivitäten (insbesondere Kompetenzen einzelner Länder, z. B. bei Spitälern, LehrerInnen, Jugendschutzgesetzen, etc.) zusammenzufassen – aber auch hier schlummern keine Milliarden.

### **3. Mitbestimmung als Teil einer umfassenden Verwaltungsreform**

Gerade demokratisch legitimierte Leistungen sind besonders effektiv zu gestalten, denn der Staat ist – im Gegensatz zur Privatwirtschaft – der gesamten Bevölkerung verpflichtet und




nicht nur jenen, die es sich auch leisten können. Anstatt dem Paradigma eines »New-Public-Managements« zu folgen und zu versuchen, den öffentlichen Sektor privatwirtschaftlicher Organisation anzunähern, ist im Gegenteil genau das Spezifikum der Gemeinwohlorientierung auszubauen. Die leider immer noch verbreiteten Unkultur in der Verwaltung, BürgerInnen wie lästige BittstellerInnen zu behandeln, ist nicht eine letztlich ebenso unbefriedigende KundInnenorientierung entgegenzusetzen, die zumindest für den weniger zahlungskräftigen Teil der Bevölkerung den schlichten Ausschluss von der Leistung bedeuten kann und für den anderen Teil den endgültigen Abbau der Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten bedeutet (so marginal diese zuvor auch gewesen sein mögen). Dem ist die Perspektive einer Interaktion gleichberechtigter Mitglieder in einer demokratisch organisierten Gesellschaft entgegenzusetzen, wo gute Leistung und Formen der Beteiligung an Entscheidungsprozessen möglich sind.

Verwaltungsreformprojekte sollten deshalb darauf abzielen, mehr Mitbestimmung über die Organisation öffentlicher Leistungen zu ermöglichen. In einem ersten Schritt müssen die Leistungspalette sowie die einzelnen Leistungen noch stärker auf die Bedürfnisse der Bevölkerung bzw. der spezifischen Stakeholder ausgerichtet werden. Insbesondere bei fehlender objektiver Interessensübereinstimmung einzelner alleingesessener Akteure kann die breite direkte Beteiligung ein Ausweg sein, Pattsituation aufzulösen und Reformen doch noch zu ermöglichen. Beispielsweise ist die Schulreform entweder mit einem politischen Kuhhandel zu lösen, oder aber durch eine stärkere Miteinbeziehung der Schulpartner auf allen Ebenen. In letzter Konsequenz kann eine Ausweitung der Mitbestimmung auch Volksbefragungen- oder abstimmungen als Ausweg gänzlich festgefahrener Probleme der staatlichen Leistungserbringung umfassen.

Nach den Demokratisierungsschritten während der SPÖ-Alleinregierung unter Kreisky gab es in diesem Bereich keine positive Weiterentwicklung mehr. Heute gilt es, aktuelle Formen einer »Durchflutung aller Gesellschaftsbereiche mit

Demokratie« zu finden. Das bedeutet Entscheidungsprozesse, die die stärkere Beteiligung der hauptsächlich Involvierten ermöglichen. Im Schulbereich würde das eine Stärkung der Schulpartnerschaft, vor allem dezentral in Form des Schulgemeinschaftsausschusses und eine Direktwahl der überregionalen Vertretungen bedeuten. In den Kommunen könnte eine Folge sein, mehr Versuche im Rahmen partizipativer Budgets zu unternehmen, bei denen die EinwohnerInnen in die Ressourcenverteilung miteinbezogen werden. Auch Fahrgastbeiräte, die in öffentlichen Verkehrsbetrieben die NutzerInnen-Interessen direkt einbringen, sind ein Beispiel. Auf überregionaler Ebene müsste zunächst einmal der Informationsfluss verbessert werden, ehe eine stärkere demokratische Mitbestimmung verankert werden kann.

### **Fazit**

Breite Zufriedenheit mit kollektiv organisierten Leistungen bietet letztlich den besten Schutz vor einer neuerlichen Angriffswelle gegen den Staat, die im Zuge des Abbaus der Krisenschulden in Europa bereits deutliche Konturen annimmt (vor allem in Griechenland und Großbritannien), und schafft die Voraussetzung für den weiteren Ausbau sozialer Dienstleistungen. Das erfordert Verwaltungsreformprojekte, die mehr sein müssen als Kostensenkungsprogramme. In einer dynamischen Gesellschaft werden Verwaltungsreformprojekte aber jedenfalls eine immerwährende Herausforderung darstellen. Das befreit von der Vorstellung, in einem Wurf und auf Anhieb ein perfektes Gesamtsystem schaffen zu müssen. Wichtig ist aber, noch stärker daran zu arbeiten. 

# Wie sich verständlich machen?

Im Septemberheft habe ich mich mit der Frage beschäftigt, ob nicht ein selbstbewußteres Parlament, wie das Europäische, Vorzüge gegenüber dem unseren hätte, das vielfach bloß ein Umsetzungsinstrument für das jeweilige Koalitionsabkommen ist. Und ich habe versucht, einige Elemente zu benennen, die es dem Europäischen Parlament erlauben, anders zu agieren als den meisten nationalen Parlamenten. Freilich sind nicht alle diese Elemente ein demokratiepolitischer Vorteil. Aber höhere Kompetenz der Abgeordneten, höheres Selbstbewusstsein der Gewählten gegenüber der Administration, sachlichere Debatten sind durchaus wertvoll.

Darauf wendete der Leser A.S. ein, dass dieser Beitrag den Wert der Wähler gering schätze. Das mangelnde öffentliche Interesse für die Arbeit im Europäischen Parlament, das tatsächlich eine andere, sachlichere, weniger polemische und weniger an »die Galerie« gerichtete Debatte kennt, wird vom Leser offenbar sowohl mir als dem Europäischen Parlament vorgeworfen.

»Wählerinnen und Wählern erscheint die Politik im EP deshalb nicht als Auseinandersetzung einer neokonservativen, marktradikalen Mehrheit mit einer sozialdemokratische Opposition, sondern als neoliberal domi-

Leserbrief von Arnold Schenner zu »Fragen über Fragen«  
in Zukunft 9/2010

## Wozu noch diese Wähler?

Caspar Einem beschreibt die Vorzüge des Europäischen Parlaments: »Die Arbeit findet weitgehend ohne öffentliche Beachtung statt. Es wird daher kaum aus dem Fenster hinaus oder für die Galerie gesprochen, sondern in der Sache kooperiert.« Wählerinnen und Wählern erscheint die Politik im EP deshalb nicht als Auseinandersetzung einer neokonservativen, marktradikalen Mehrheit mit einer sozialdemokratische Opposition, sondern als neoliberal dominiertes Gemenge, aus dem nur einige selbsternannte »Aufdecker« hervorragen. »Die Konsequenz davon (der großen Zahl von Abgeordneten) ist, dass sich die Abgeordneten stark spezialisieren und die Materien, in denen sie Arbeiten, in großer Tiefe durchdringen.« Das hindert sie freilich nicht daran, auch bei allen anderen Materien mitzustimmen, über die sie wegen der starken Spezialisierung weniger Überblick haben als ihre Kollegen aus dem Nationalrat. Das macht freilich nichts, weil sie ihren Wählern ohnehin keine Rechenschaft über ihr Abstimmungsverhalten abgeben oder – noch lästiger – sich ihre Meinungen anhören müssen, weil sie »fast das ganze Jahr im Parlament arbeiten« und nicht – wie die Nationalratsabgeordneten im Wahlkreis, bei Feuerwehrfesten, Kreisverkehrseröffnungen usw. unterwegs sind. Was also bei dieser extrem spezialisierten, wertfreien Sachpolitik unter Ausschluss der Öffentlichkeit stört, sind Wählerinnen und Wähler, die den frechen Anspruch stellen, überzeugt werden zu wollen. Also vererbte EU-Mandate auf Lebenszeit, denn wozu noch lästige Wähler?

Freundschaftliche Grüße!


*Arnold Schenner*

niertes Gemenge, aus dem nur einige selbsternannte ›Aufdecker‹ hervorragen.«

Die Konsequenz davon (der großen Zahl von Abgeordneten) ist, dass sich die Abgeordneten stark spezialisieren und die Materien, in denen sie Arbeiten, in großer Tiefe durchdringen. »Das hindert sie freilich nicht daran«, so der Leserbrief, »auch bei allen anderen Materien mitzustimmen, über die sie wegen der starken Spezialisierung weniger Überblick haben als ihre Kollegen aus dem Nationalrat. Das macht freilich nichts, weil sie ihren Wählern ohnehin keine Rechenschaft über ihr Abstimmungsverhalten abgeben oder – noch lästiger – sich ihre Meinungen anhören müssen, weil sie ›fast das ganze Jahr im Parlament arbeiten‹ und nicht – wie die Nationalratsabgeordneten im Wahlkreis, bei Feuerwehrfesten, Kreisverkehrseröffnungen usw. unterwegs sind. Was also bei dieser extrem spezialisierten, wertfreien Sachpolitik unter Ausschluss der Öffentlichkeit stört, sind Wählerinnen und Wähler, die den frechen Anspruch stellen, überzeugt werden zu wollen. Also vererbte EU-Mandate auf Lebenszeit, denn wozu noch lästige Wähler?«

Bleibt meine Frage: Gibt es das Problem der immer populistischer werdenden Politik nicht? Gibt es das Problem nicht, dass Abgeordnete und Regierungsmitglieder wegen der notwendigen Akzeptanz und Zustimmung bei den Wählerinnen und Wählern diesen vorzugsweise nach dem Mund reden? Hat nicht gerade eine Partei in Wien fast 26% der Stimmen erhalten, die nur Stimmungsmache betrieben hat, ohne je Sacharbeit geleistet zu haben?

Das was in dem Beitrag über das österreichische und das europäische Parlament gezeigt werden sollte, war, dass viele der hehren Prinzipien der Demokratie auch eine Tendenz in sich tragen, zu ihrem Nachteil auszuschlagen und dass viele Schwächen des Europäischen Parlaments Stärken zur Folge haben, um die wir das EP beneiden können. Freilich: eine Übertragung 1:1 kommt nicht infrage. Aber sollte es aus Sicht

der österreichischen Wählerinnen und Wähler tatsächlich keinen Reformbedarf geben? Vielleicht bin ich bloß durch langjährige Mitgliedschaft im Hohen Haus verdorben und glaube nur deshalb, dass man etwas ändern muss. 





**BIENNALE ARCHITETTURA 2010**  
VENEZIA | GARDINI-ARSENALE

# Weniger arbeiten, besser leben!

**In den aktuellen** Kollektivvertragsverhandlungen in der Metallindustrie wird die Frage verkürzter Arbeitszeiten von den Gewerkschaften wieder vehement eingebracht. Arbeitszeitverkürzung sei, so argumentiert Fabian Lindner vom deutschen Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, auch tatsächlich ein Thema von wachsender Bedeutung, das Fragen der Beschäftigung mit Lebensqualität und ökologischer Nachhaltigkeit verbinde. In seinem Beitrag zeigt er anhand der vor rund einem Jahrzehnt installierten 35-Stunden-Woche in Frankreich, welche wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen es für einen Erfolg dieses Projekts braucht

**D**as viel beschworene Zukunftsprojekt der Linken ist, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden. So schön die beiden Ziele sind, so sehr scheinen sie miteinander im Konflikt zu liegen (siehe dazu Jackson 2009). Um die Treibhausgasemissionen zu verringern, wird man an weniger Wirtschaftswachstum nicht vorbei kommen; gleichzeitig führt ein geringeres Wachstum zu Arbeitslosigkeit und größerer Ungleichheit –, denn Arbeitslosigkeit trifft meistens diejenigen, die sowieso schon geringe Einkommen und schlechte Lebenschancen haben. Um aus diesem Dilemma zu kommen – das auch Sozialdemokraten und grüne Parteien in vielen Punkten voneinander trennt – gibt es eine Lösung: Die Reduzierung der Arbeitszeit.

Der technische Fortschritt bringt es mit sich, dass ständig weniger Arbeiter gebraucht werden. Durch den massiven Anstieg der Produktivität und den größeren Kapitaleinsatz müssen Menschen weniger arbeiten und können doch ständig mehr produzieren. So können die Grundbedürfnisse mit immer weniger Aufwand gestillt werden. Eigentlich ein utopischer Zustand.

Das Problem steigender Produktivität ist nur, dass immer mehr Menschen aus der Arbeitswelt herauszufallen drohen, wenn die Maschinen ihre Arbeit übernehmen. Das heißt in den heutigen Gesellschaften nicht nur Verlust von Einkommen, sondern auch von Identität und Sinn. Um Beschäftigung bei steigender Produktivität zu halten, muss die Wirtschaft

wachsen – was mehr produziert wird, muss auch gekauft werden. Bloß steigen mit dem Wachstum die Treibhausgasemissionen, und der ökologische Fußabdruck wird immer größer.

## ARBEIT ODER UMWELT?

Die aktuelle Weltfinanz- und Wirtschaftskrise hat wie unter einer Lupe gezeigt, wie sehr eine nachhaltige Umweltpolitik und soziale Gerechtigkeit miteinander im Konflikt stehen können – aber auch, welche Chancen Arbeitszeitverkürzung beim Auflösen dieses Konflikts bietet.

Durch den massiven Einbruch des Wirtschaftswachstums ist die Zahl der weltweit Arbeitslosen seit 2007 um etwa 30 Millionen gestiegen – und damit auch die weltweite Armut (IMF-IMF 2010). Gleichzeitig war die Krise das beste Mittel gegen das Ansteigen der Treibhausgasemissionen. Der globale Wachstumseinbruch 2009 hat das erste Mal seit der Jahrtausendwende zu einem Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 1,3 Prozent geführt (Myhre, Alterskjaer et al. 2010).

Wie dieses Dilemma zwischen Arbeit und Umwelt aufgelöst werden kann, hat Deutschland gezeigt. Deutschland war das einzige Land, das trotz massiven Wachstumseinbruchs von fast fünf Prozent im Jahr 2009 seine Beschäftigung sogar ausgebaut hat. Der Schlüssel für dieses Arbeitsmarktwunder war die massive Arbeitszeitverkürzung, die durch tarifliche Regelungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern sowie durch die staatlich geförderte Kurzarbeit ermöglicht wurde (Herzog-Stein und Seifert 2010). Die deutsche Politik in der

Krise wirft ein Schlaglicht auf die Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung, um dem Dilemma zwischen Umwelt und Arbeit zu entkommen.

Die Frage stellt sich, ob sich die Arbeitszeit auch in der langen Frist – und nicht nur kurzzeitig in einer Krise – verringern lässt. Tatsächlich zeigt der internationale Vergleich, dass Gesellschaften die Wahl haben, wie sie ihren Produktivitätsfortschritt nutzen, ob in höherem Einkommen oder in geringerer Arbeitszeit. Besonders in Europa sind durch den Einfluss der Gewerkschaften und der Politik die Arbeitsstunden stärker gefallen als etwa in den USA (Burgoon und Baxandall 2004; Alesina, Glaeser et al. 2005). Der Großteil des Unterschieds im Pro-Kopf-Einkommen zwischen Europa und den USA ist auf den Unterschied in den geleisteten Arbeitsstunden zurückzuführen (Blanchard 2004).

Für das höhere Einkommen der USA muss die Welt allerdings einen hohen Preis bezahlen. Die Pro-Kopf-Emissionen von CO<sub>2</sub> liegen dort bei jährlich 23 Tonnen, in den reichen Staaten Europas – den EU15 – bei weniger als der Hälfte, nämlich bei zehn Tonnen. Längere Arbeitszeiten scheinen systematisch mit einer höheren Umweltbelastung einherzugehen (Hayden und Shandra 2009).

Das höhere Einkommen, das sich die USA und andere Länder durch längere Arbeitszeiten erkaufen haben, erhöht aber nicht die Lebensqualität – eher im Gegenteil. In der ökonomischen Glücksforschung gibt es schon seit langem den Konsens, dass ein stetiges Einkommenswachstum über einen bestimmten Sättigungspunkt hinaus nicht das gefühlte Wohlbefinden der Menschen erhöht (das sog. »Easterlin-Paradox«, siehe etwa Easterlin und Angelescu 2009). Darüber hinaus gibt es viele Hinweise darauf, dass der Drang nach immer weiter steigenden Einkommen Folge von Statusängsten und Einkommensungleichheit ist.

Die Ökonomen Samuel Bowles und Yongjin Park (2005) haben etwa herausgefunden, dass längere Arbeitszeiten stark

mit Einkommensungleichheit korreliert sind. Längere Arbeitszeiten könnten eine Folge von Statusängsten sein, die in ungleicheren Gesellschaften ausgeprägter sind: Weil der Abstand zwischen den Einkommen so groß ist, wird die eigene soziale Position als immer prekärer eingeschätzt und der Status damit entscheidend für das persönliche Wohlbefinden. Dabei mindert Statusangst in der Folge von Einkommensungleichheit nicht nur das subjektive Wohlbefinden. Auch objektiv ist die Lebensqualität in ungleicheren Gesellschaften viel geringer. In ungleicheren Gesellschaften nehmen die Menschen mehr Drogen, sie sterben früher, sind kränker, krimineller, ernähren sich schlechter und vertrauen sich weniger (Wilkinson und Pickett 2009).

## LEBENSQUALITÄT

Auch wenn Einkommenszuwächse nicht mit höherer Lebenszufriedenheit korreliert sind, so hängt die Lebenszufriedenheit sehr stark von der Arbeitslosigkeit ab. Höhere Arbeitslosigkeit vermindert die Lebenszufriedenheit massiv, und zwar nicht nur für die Menschen, die selbst arbeitslos sind, sondern auch für diejenigen, die noch beschäftigt sind (Di Tella, MacCulloch et al. 2003).

All diese Ergebnisse zeigen, dass sich die gefühlte und die objektive Lebensqualität einer Gesellschaft stark erhöhen lässt, wenn die Menschen weniger arbeiten, die Arbeitslosigkeit aber gering ist. Der Schlüssel dazu ist die Verkürzung der Arbeitszeit.

Allerdings gibt es einige Dinge zu beachten, wenn man die Arbeitszeitverkürzung politisch konkret umsetzt. Arbeitszeitverkürzung allein reicht nicht aus, um mehr Beschäftigung zu schaffen. Gerhard Bosch und Steffen Lehndorff (2001) zeigen, dass es auf die Bedingungen ankommt, unter denen die Arbeitszeit reduziert wird. Das heißt, auf die Reaktion von Löhnen und Produktivität; wie aktiv die Arbeitsmarktpolitik und die Bildungspolitik ist, und ob die Einkommen gleich verteilt sind.

**LITERATUR** Alesina, A., E. L. Glaeser, et al. (2005). »Work and Leisure in the U.S. and Europe: Why so Different?« NBER Working Paper(11278) | Askenazy, P. (2008). »A Primer on the 35-Hour in France.« IZA Discussion Paper(3402) | Blanchard, O. (2004). »The Economic Future of Europe.« Journal of Economic Perspectives 18(4): 3-26 | Bosch, G. and S. Lehndorff (2001). »Working-Time Reduction and Employment: Experience in Europe and Economic Policy Recommendations.« Cambridge Journal of Economics 25: 209-243 | Bowles, S. and Y. Park (2005). »Emulation, Inequality, and Work Hours.« Economic Journal 115: 397-312. | Burgoon, B. and P. Baxandall (2004). »Three World of Working Time: The Partisan and Welfare Politics of Work Hours in Industrialised Countries.« Politics and Society 32(4): 439-473 | Cetto, G., N. Dromel, et al. (2004). »Les déterminants du jugement des salariés sur la RTT.« Economie et statistiques(376-377): 177-151 | Di Tella, R., R. J. MacCulloch,

Die Reaktion von Löhnen und Produktivität ist wichtig für die Unternehmen und ihre Profitabilität. Kommt es zu einer Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, ohne dass die Produktivität in gleichem Maße steigt, kann das dazu führen, dass Arbeitgeber wegen der höheren Kosten ihre Arbeitnehmer entlassen. Wenn der Stundenlohn bei Arbeitszeitverkürzung steigt, muss auch die Produktivität pro Stunde steigen, damit sich die Kosten für die Unternehmen nicht erhöhen.

Ein weiteres Problem ist, dass nicht alle Menschen die gleiche Qualifikation haben und deswegen nicht die gleiche Arbeit leisten können. Deswegen ist aktive Weiterbildungs- und Bildungspolitik notwendig, damit genug Menschen die richtigen Qualifikationen für die neuen Jobs haben oder sich schnell umorientieren können.

Eine gleichere Einkommensverteilung ist notwendig, damit die Reduzierung der Stunden – selbst bei gleich bleibenden Stundenlöhnen – nicht zu einem zu starken Verlust an monatlichem Einkommen gerade bei Menschen mit geringem Einkommen führt.

## VON FRANKREICH LERNEN

Dass Arbeitszeitverkürzung zu einer höheren Beschäftigungsintensität des Wachstums führen kann und die Lebensqualität der Menschen erhöht, hat die französische Arbeitszeitverkürzung unter der »Gauche Plurielle« – einer Koalition von Sozialisten, Grünen und Kommunisten – gezeigt. In zwei Gesetzen – Aubry I und II, benannt nach der sozialistischen Arbeitsministerin – hat die Regierung die Wochenarbeitszeit von 39 auf 35 Stunden verkürzt (für einen guten Überblick über die Reformen und ihre Effekte siehe Hayden 2006).

Nach den Reformen hatte Frankreich einen historischen und im internationalen Vergleich einmalig hohen Aufbau von Beschäftigung (siehe etwa Pisany-Ferry 2003). Die Studien zu den Effekten der französischen Arbeitszeitverkürzung fin-

den heraus, dass an die 350.000 bis 400.000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden (für eine Übersicht der Studien, siehe Gubian, Jugnot et al. 2004 und Askenazy 2008). Damit war die sozialistische Regierung mit ihrer Reform erfolgreicher beim Aufbau von Beschäftigung als die Rot-Grüne Regierung in Deutschland, deren Arbeitsmarkt- und Sozialreformen auch das Ziel höherer Beschäftigung hatten (Sturn und Treeck 2010). Nur dass sich die Lebensqualität in Frankreich verbessert hat und die Einkommen gleicher geworden sind – während die Lebensqualität in Deutschland gefallen und die Ungleichheit gestiegen ist.

Der Erfolg der Reformen kam dadurch zustande, dass die Regierung viele der von Lehndorff und Bosch genannten Bedingungen beachtet hat. Zum einen hat die Regierung darauf geachtet, dass die Unternehmen ihre Produktivität erhöhen konnten – so dass die Löhne nicht sinken mussten. Dazu hat sie verschiedene Methoden eingesetzt. Erstens hat sie es den Unternehmen erleichtert, die Arbeitszeit zu flexibilisieren, so dass die Arbeitsorganisation verbessert werden konnte. Zweitens hat die Regierung den Unternehmen Zeit gegeben, sich auf die Arbeitszeitverkürzung einzustellen. Im Gesetz von 1998 war die Verkürzung der Arbeitszeit noch freiwillig – es war aber klar, dass sie ab 2000 allgemeinverbindlich für fast alle Unternehmen wurde. Die Unternehmen sollten in der Zwischenzeit durch betriebliche Vereinbarungen ihre Arbeitsorganisation ändern, um sich der Arbeitszeitverkürzung anzupassen.

Auf der anderen Seite sorgte die Regierung auch dafür, dass die Arbeitskosten insbesondere von Geringverdienern nicht stiegen, aber ihr Nettoeinkommen. Als Anreiz für Unternehmen, die ihre Arbeitszeit verkürzten, subventionierte die Regierung die Sozialbeiträge von Arbeitern, die weniger als das 1,7-fache des Mindestlohns verdienen. Das entlastete die Unternehmen von Sozialkosten und finanzierte höhere Nettostundenlöhne für Menschen im Mindestlohn. Nebenbei führte das auch zu einer größeren Einkommensgleichheit



et al. (2003). »The Macroeconomics of Happiness.« *The Review of Economics and Statistics* 85(4): 809-827 | **Easterlin, R. A. and L. Angelescu** (2009). »Happiness and Growth the World Over: Time Series Evidence of the Happiness-Income Paradox.« *IZA Discussion Paper*(4060) | **Gubian, A., S. Jugnot**, et al. (2004). »Les effets de la RTT sur l'emploi: des simulations ex ante aux évaluations ex post.« *Economie et statistiques*(376-377): 25-54 | **Hayden, A.** (2006). »France's 35-Hour Week: Attack on Business? Win-Win Reform? Or Betrayal of Disadvantaged Workers?« *Politics and Society* 34(4): 503-542 | **Hayden, A. and J. M. Shandra** (2009). »Hours of Work and the Ecological Footprint of Nations: An Explanatory Analysis.« *Local Environment* 14(6): 575-600 | **Herzog-Stein, A. and H. Seifert** (2010). »Der Arbeitsmarkt in der Großen Rezession - Bewährte Strategien in neuen Formen.« *WSI-Mitteilungen*(11) | **IMF-IMF** (2010). *The Challenge of Growth, Employment and Social Cohesion*. Nor-

way, IMF / ILO | **Jackson, T.** (2009). *Prosperity without Growth?* London, Sustainable Development Commission | **Myhre, G., K. Alterskjaer**, et al. (2010). »Addendum to ‚A Fast Method for Updating Global Fossil Fuel Carbon Dioxide Emissions‘.« *Environmental Research Letters* 5(3): 1-2 | **OECD** (2008). *Country Note: France. Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries* | **Pisani-Ferry, J.** (2003). »The Surprising French Employment Performance: What Lessons?« *CESifo Working Paper*(1078) | **Sturn, S. and T. v. Treeck** (2010). »Arbeitsmarktreformen in Deutschland: Hohe soziale Kosten ohne gesamtwirtschaftlichen Nutzen.« *WSI-Mitteilungen*(11) | **Wilkinson, R. and K. Pickett** (2009). *Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Hamburg.

zwischen den Arbeitnehmern. In Frankreich verdienen gerade die Geringverdiener so viel wie in keinem anderen OECD-Land (OECD 2008).

Zwar hat die konservative Regierung die Reformen ab 2002 stark aufgeweicht. So hat sie Überstunden erleichtert und die Subventionen auch auf Unternehmen ausgeweitet, die noch keine 39-Wochenstunde eingeführt haben. Die Unternehmen haben ihre effektive Arbeitszeit aber nicht ausgeweitet, so dass die 35-Stundenwoche weiterhin zum Standard in Frankreich gehört.

Außer den Wirkungen auf die Beschäftigung ist vor allem wichtig, wie sich die Lebensqualität der Menschen verändert hat. Die Mehrheit der Franzosen, und zwar 60 Prozent, meint, dass sich ihre Lebenssituation mit den Gesetzen verbessert hat. Etwa ein Drittel meint, dass sich durch die Reformen nichts für sie verändert hat und für 13 Prozent hat die Arbeitszeitreduktion ihre Arbeit verschlechtert (Cette, Dromel et al. 2004). Die Zufriedenheit mit den Reformen hängt zusammen mit den Lebens- und Arbeitsumständen der Befragten. So steigt die Reform-Zufriedenheit mit der sozialen Situation – Menschen mit höherem Bildungsabschluss, besserer Stellung und höherem Einkommen sind besonders zufrieden mit der Reform. Besonders zufrieden mit der Reform sind auch Frauen mit kleinen Kindern. Das zeigt, dass sich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch die Reformen verbessert hat.

Der Erfolg der französischen Arbeitszeitverkürzung hängt stark vom Kontext ab: Erstens gibt es eine hohe Gleichheit der Einkommen in Frankreich, vergleichbar mit den skandinavischen Ländern. Das ermöglicht, dass die Reformen auch von Menschen mit geringerem Einkommen akzeptiert werden, deren Einkommen nach den Reformen weniger stark gestiegen ist. Gleichzeitig ist ein gutes Ausbildungssystem wichtig, das es Menschen ermöglicht, sich weiterzubilden und generell gut ausgebildet in den Arbeitsmarkt zu starten. Hier gibt es in Frankreich allerdings noch Verbesserungsbedarf. Das Ausbil-

dungssystem ist zu sehr darauf fixiert, Eliten auszubilden und nicht, möglichst viele Menschen gut auszubilden.

Arbeitszeitverkürzung ist sicher kein Allheilmittel, um ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit miteinander zu verbinden –, aber sie ist ein wesentlicher Bestandteil, um den Konflikt zwischen beiden Zielen abzumildern. Das hat die Erfahrung Deutschlands in der aktuellen Wirtschaftskrise gezeigt. Die Voraussetzungen für den Erfolg von Arbeitszeitverkürzung dürfen allerdings nicht unterschätzt werden. Unter den richtigen Bedingungen kann sie ein konkretes politisches Mittel sein, um Beschäftigung und Lebensqualität zu steigern, wie das französische Beispiel belegt.

Interesse an der Verkürzung der Arbeitszeit gibt es genug: Umfrage nach Umfrage zeigt, dass gerade Familien Arbeit und Kinder besser miteinander vereinbaren wollen und dass viele Menschen überarbeitet sind, während andere arbeitslos sind. Hier könnte die Arbeitszeitverkürzung als Projekt für eine progressive Linke ansetzen und konkret die Lebensqualität der Menschen verbessern – und gleichzeitig bei der Rettung des Planeten helfen. 🍷

**FABIAN LINDNER**

arbeitet als Ökonom am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf.





# Grenzenlose Pflegearbeit

Die sogenannte **24-Stunden-Pflege** wurde in den Jahren 2006 bis 2008 durch eine Reihe von Gesetzesänderungen und neuen Gesetzen legalisiert. Doch die realen Arbeitsbedingungen haben sich seither kaum verbessert, konstatiert Almut Bachinger. Um das Problem in den Griff zu bekommen, sei eine Umstrukturierung der Pflegearbeit notwendig, die sie aus der informellen Hausarbeit heraushole und in formalisierte und adäquat bezahlte Lohnarbeitsverhältnisse umwandle.

**H**aus- und Sorgearbeit ist bis heute nicht egalitär verteilt. Frauen tragen den größten Teil der unbezahlten Arbeit. Nichtsdestotrotz haben sich viele Frauen mittlerweile von der Haus- und Sorgearbeit befreit und sie in Ermangelung männlicher Arbeitsbereitschaft oder einer ausreichenden Versorgung durch öffentliche Dienste an andere Frauen delegiert, indem sie vornehmlich migrantische HaushaltsarbeiterInnen und BetreuerInnen für Kinder oder ältere Angehörige engagierten. Das spart Zeit, Geld, Nerven und Auseinandersetzungen und ist vielfach eine praktikable, unbürokratische und flexible Lösung des leidigen Hausarbeitsproblems und klaffender Betreuungslücken für sorgebedürftige Verwandte.

Trotz der steigenden Nachfrage sind reguläre Arbeitsverhältnisse eine Seltenheit in diesem Arbeitsmarktsegment. Ein Normalarbeitsverhältnis, das also die Einhaltung von arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen und in der Folge geregelte Arbeitszeiten, regelmäßiges und existenzsicherndes Einkommen, bezahlten Urlaub, Einbindung ins Sozialversicherungssystem und damit Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Pensionsversicherung usw. bedingte, ist für ArbeitsmigrantInnen häufig rechtlich gar nicht möglich, zum einen weil sie vom Arbeitsmarktzugang ausgeschlossen sind, zum anderen wird es als unfinanzierbar und unpraktikabel dargestellt. Irreguläre Arbeit<sup>1</sup> ist hingegen eine Praxis, die nicht sozial geächtet ist oder als illegitim erachtet wird. Vielmehr gilt irreguläre Arbeit im Privatbereich als normal. Interessanterweise gibt es andererseits gerade für die Erbringung von Haus- und Sorgearbeit einige rechtliche Sonderregelungen, wie die Au-Pair-Regelung, den

Dienstleistungsscheck und als aktuellstes Beispiel die Legalisierung der 24-Stunden-Pflege.

Im Bereich der Altenpflege und -betreuung entwickelte sich in den letzten 20 Jahren ein wachsender transnationaler Pflegearbeitsmarkt. 24-Stunden- oder Rund-um-die-Uhr-BetreuerInnen, vornehmlich PendelmigrantInnen aus den osteuropäischen Nachbarländern, betreuen pflegebedürftige Menschen in deren häuslichem Umfeld. Meist wechseln sich zwei Frauen in einem Turnus von zwei oder drei Wochen ab. Sie wohnen während ihrer Arbeit im Haushalt der pflegebedürftigen Person und übernehmen die notwendigen Pflege-, Betreuungs- und Hausarbeiten. Gängig ist ein Tagessatz zwischen 40 und 60 Euro. Vermittelt werden die Pflegekräfte durch Vermittlungsagenturen, informelle Netzwerke und mittlerweile sogar über einige der großen österreichischen Wohlfahrtsverbände. Schätzungen zufolge sollen bis zu 40.000 24-Stunden-Pflegekräfte in Österreich arbeiten. Wenngleich diese Zahl übertrieben scheint, ist von 10.000 bis 20.000 Pflegekräften auszugehen. Rund 80% der Pflegebedürftigen beschäftigen zwei Pflegekräfte.<sup>2</sup> Somit nimmt ein relativ geringer Anteil von schätzungsweise zwei bis maximal fünf Prozent der Pflegebedürftigen eine 24-Stunden-Pflege in Anspruch.<sup>3</sup>

Besondere gesellschaftspolitische Bedeutung gewinnt das Problem mehr durch die Tatsache, dass ein einigermaßen großes Arbeitskräftepotential für eine verhältnismäßig geringe Zahl von pflegebedürftigen Personen zur Verfügung steht. Im Vergleich dazu nimmt rund ein Viertel der PflegegeldbezieherInnen mobile Dienste in Anspruch. In den mobilen Diensten sind an die 14.000 Beschäftigte zu verzeichnen, insgesamt in

1 Unter irregulärer Arbeit ist nicht gesetzeskonforme Arbeit zu verstehen. Gesetzeskonform ist ein Arbeitsverhältnis, wenn eine Anmeldung zur Sozialversicherung vorliegt, Steuern und Abgaben geleistet werden, arbeitsrechtliche und kollektivvertragliche Normen eingehalten werden usw. Alltagssprachlich verwendete Begriffe wie Schwarzarbeit oder illegale Arbeit werden hier aufgrund der negativen und pejorativen Konnotation nicht verwendet.

2 Im ersten Halbjahr des Jahres 2008 ließen sich 11.000 Personen zur Ausübung des neugeschaffenen Personenbetreuungsgewerbes registrieren. Genaue Zahlen wie viele PersonenbetreuerInnen in Österreich legal beschäftigt sind gibt es auch aktuell nicht. Zum Stichtag 25. Juni 2010 gab es 27.707 aktive Gewerbeberechtigungen für PersonenbetreuerInnen. Wie viele PersonenbetreuerInnen tatsächlich aktuell ihr Gewerbe ausüben, ist aber nicht bekannt. (Quelle: Anfragebeantwortung durch den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf Hundstorfer zu

der Altenpflege rund 33.000 (Nemeth/Pochobradsky 2004; Simsa et al. 2004, 190). In der 24-Stunden-Pflege dürften also mehr Personen beschäftigt sein als in den regulären mobilen Diensten, möglicherweise reicht die Zahl der Pflegekräfte sogar an die Gesamtbeschäftigtenzahl in der Altenpflege heran. Angesichts der drohenden Verknappung sowohl des familiären als auch des professionellen Arbeitskräfteangebotes ist dieser Aspekt gesellschaftspolitisch relevant.

## LEGALISIERUNG

Bis zum Jahr 2006 konnte die 24-Stunden-Pflege nicht als gesetzeskonforme Beschäftigung ausgeübt werden. 2006 wurden in Niederösterreich mehrere BeschäftigterInnen von 24-Stunden-PflegerInnen angezeigt. Das führte zur Skandalisierung der Thematik im Zuge des Nationalratswahlkampfes 2006. In der Folge konnte die bis dahin auf Bundes- und Landesebene betriebene Laissez-faire-Politik hinsichtlich der irregulären Pflegearbeit nicht mehr aufrechterhalten werden.<sup>4</sup> Es kam zu einer andauernden, intensiven öffentlichen Debatte um die Ermöglichung einer legalen Beschäftigung von Pflegepersonen im Privathaushalt. Diese mündete letztlich in dem politischen Konsens, dass gesetzlichen Rahmenbedingungen hergestellt werden sollten, die die 24-Stunden-Pflege in der Form, wie sie sich über die Jahre als gängige Praxis etabliert hatte, zulässig machen (vgl. zur Debatte ausführlich Bachinger 2009).

Mit einer ganzen Reihe von Gesetzesänderungen betreffend das Ausländerbeschäftigungsgesetz, die Gewerbeordnung, das Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz sowie das Berufsrecht der in der Pflege und Betreuung eingesetzten Professionen und durch neue Gesetze, wie das Hausbetreuungsgesetz und das Pflegeverfassungsgesetz, wurde die 24-Stunden-Pflege legalisiert. Eine Rechtsgrundlage für eine gesetzeskonforme Beschäftigung und sogar ein öffentliches Fördermodell wurden geschaffen, um Pflegebedürftigen eine legale Inanspruchnahme der 24-Stunden-Pflege zu ermöglichen. Ergebnis der Legalisierungsmaßnahmen ist demzufolge

der schriftlichen Anfrage [5638/J] der Abgeordneten Karl Öllinger, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz betreffend die Entwicklung der 24-Stunden-Betreuung. [http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIV/AB/AB\\_05266/pmh.shtml](http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIV/AB/AB_05266/pmh.shtml), Zugriff am 13.09.2010). Diesen Zahlen nach zu schließen, würden maximal 16.625 Pflegebedürftige eine angemeldete, selbständige Personenbetreuung nutzen, dazu kämen noch die unselbständigen PersonenbetreuerInnen und wohl auch noch eine nicht zu unterschätzende Zahl von weiterhin nicht angemeldeten 24-Stunden-PflegerInnen. Allerdings ist anzunehmen, dass nicht alle angemeldeten PersonenbetreuerInnen aktiv sind bzw. üben auch VermittlerInnen das Personenbetreuungsgewerbe aus.

3 Als Pflegebedürftige wurde die Anzahl der PflegegeldbezieherInnen (Bundes- und Landespflegegeld) herangezogen. Im Mai 2010 waren das 423.000 (Quelle: Bundesministerium für Soziales, Arbeit, Generationen und Konsumentenschutz [http://www.bmsk.gv.at/cms/site/index\\_presse-](http://www.bmsk.gv.at/cms/site/index_presse-)

eine Regulierung, die in höchstem Maße an den Bedürfnissen der NutzerInnen von 24-Stunden-Pflege orientiert ist. Soziale Rechte für die in der häuslichen Pflege Beschäftigten blieben weitestgehend auf der Strecke.

Das Herzstück der Legalisierung ist das Hausbetreuungsgesetz, das 2007 beschlossen wurde. Das Hausbetreuungsgesetz ermöglicht eine reguläre, selbständige oder unselbständige Beschäftigung von 24-Stunden-Pflegekräften (PersonenbetreuerInnen oder HausbetreuerInnen). Die Betreuungskraft kann entweder nach dem Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz zu einem Privathaushalt oder zu einer Trägerorganisation in einem Arbeitsverhältnis stehen – dazu wurden arbeitsrechtliche Sonderbestimmungen hinsichtlich der Arbeitszeit<sup>5</sup> erlassen – oder selbständig das Gewerbe der Personenbetreuung ausüben. Voraussetzung für eine gesetzeskonforme Beschäftigung ist, dass die zu betreuende Person mindestens Anspruch auf Pflegegeld der Stufe 3 hat oder nachweislich an einer Demenzerkrankung leidet und in diesem Fall Pflegegeld der Stufe 1 oder 2 erhält.

Die Betreuungskräfte dürfen Hilfestellung bei der Haushalts- und Lebensführung leisten, soweit diese nicht Angehörigen der Gesundheits- und Krankenpflegeberufe vorbehalten sind (durch das Berufsrecht geregelte Vorbehaltstätigkeiten). Voraussetzungen für eine Beschäftigung nach dem Hausbetreuungsgesetz sind außerdem die Aufnahme der Betreuungskraft in den Haushalt der pflegebedürftigen Person, eine wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 48 Stunden und nach einer Arbeitsperiode von höchstens 14 Tagen muss eine ebenso lange Periode von Freizeit gewährleistet sein. Die gesetzliche Regelung wurde also sehr eng auf Betreuungsarrangements, wie sie bis dahin gängige Praxis waren, zugeschnitten.

## KRITIK AM GESETZESENTWURF

Hinsichtlich der Gestaltung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen wurde einige Kritik, z.B. in den Stellungnahmen zum Gesetzesentwurf, geäußert. Die Ausgestaltung der Ar-

aussendung.html?doc=CMS1273586510708, Zugriff am 13.09.2010). Geht man von der Annahme aus, dass sich pro BeschäftigterIn zwei PflegerInnen abwechseln und 11.000 angemeldeten Pflegekräften, so nehmen nur 1,3 % der Pflegebedürftigen eine legale 24-Stunden-Betreuung in Anspruch. Zieht man die angebliche Zahl von insgesamt 40.000 Pflegekräften als realistisch in Betracht, so hätten 4,7 % der Pflegebedürftigen eine Rund-um-die-Uhr-Betreuung.

4 vgl. zur Debatte um die 24-Stunden-Pflege und Gesetzgebung ausführlich Bachinger 2009

5 Die Arbeitszeit darf in zwei aufeinander folgenden Wochen einschließlich der Zeiten von Arbeitsbereitschaft 128 Stunden nicht überschreiten.

beits- und Ruhezeit sei weder für die BeschäftigterInnen noch für die BetreuerInnen bedarfsgerecht. Sowohl die Regelungen der Ruhepausen wie auch der vorgeschriebene 2-Wochen-Turnus führten möglicherweise zur Überlastung der Beschäftigten. Andererseits verursache die Einhaltung der Pausen eine Betreuungslücke für die Pflegebedürftigen, die allenfalls durch eine zweite Arbeitskraft kompensiert werden müsste. ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen, wie sie in vergleichbaren Sektoren (in Alten- und Pflegeheimen, bei mobilen Diensten) vorhanden seien, vor allem hinsichtlich körperlicher und psychischer Belastungen oder Gefährdungen, z. B. durch übertragbare Krankheiten oder mangelnde Hygiene, fehlten. Auch gäbe es keine Kontrolle der Einhaltung von ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen. Die Kontrolle der Arbeitsinspektorate erstreckt sich ja nicht auf private Haushalte. Insgesamt wurde das Gesetz als bedenkliche Aufweichung arbeitsrechtlicher Normen kritisiert (Stellungnahmen zum Gesetzesentwurf von ÖGB, AK, ÖRAK u. a., vgl. dazu ausführlich Bachinger 2009, 125f). Nichtsdestotrotz wurde das Hausbetreuungsgesetz unverändert vom Nationalrat beschlossen.

Abgesehen davon betreffen die arbeitsrechtlichen Bestimmungen nur eine Anstellung nach dem Hausgehilfen- und Hausangestelltengesetz (HGHaG). Wie sich auch in der Praxis erwies, wurde dieses Modell ohnedies kaum umgesetzt, da es doch einige Restriktionen aufgrund der Einhaltung von arbeits- und sozialrechtlichen Bestimmungen (Mindestlohn nach Kollektivvertrag, Arbeitszeiten, Ruhezeiten, Urlaubsanspruch, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall usw.) mit sich bringt und auch was die Kosten betrifft weniger attraktiv für die BeschäftigterInnen ist.

Der Kostenvorteil des Selbständigen-Modells gegenüber dem Unselbständigen-Modell besteht aber vor allem aus der Differenz zum Kollektivvertragslohn (der Nettokollektivvertragslohn macht rund 900 Euro monatlich aus!). Um dasselbe Einkommen wie bei unselbständiger Beschäftigung zu erhalten, müsste die selbständige Betreuungskraft 60 Euro Tages-

Eine tägliche Ruhepause (auch frei von Arbeitsbereitschaft) von mindestens drei Stunden muss gewährt werden, wobei davon mindestens zwei Ruhepausen von 30 Minuten ununterbrochen zu gewähren sind. Darüber hinaus dürfen ArbeitnehmerInnen während jedes Zeitraumes von 24 Stunden insgesamt weitere zehn Stunden nicht in Anspruch genommen werden.

6 Gesundheitsberuferechtsänderungsgesetz (GesBRÄG)

satz erhalten, das Angestellten-Modell wäre dann unter Berücksichtigung der Förderung um rund zehn Euro pro Tag teurer. Die Lohnnebenkosten machen also keinen so großen Kostenunterschied, wie in der Öffentlichkeit kommuniziert wurde, da war von den doppelten bis dreifachen Kosten der unselbständigen Beschäftigung die Rede. Dennoch setzte sich die selbständige Pflege durch.

Die überwiegende Zahl der Legalisierungen wurde nach dem Selbständigen-Modell, also in Form des Personenbetreuungsgewerbes, realisiert. Im Sommer 2010 gab es rund 27.000 aktive Gewerbeberechtigungen – wobei nicht bekannt ist, wie viele davon tatsächlich als Personenbetreuung ausgeübt werden – und nur rund 300 unselbständige PersonenbetreuerInnen. (Standard 14. Juli 2010, Anfragebeantwortung durch den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz Rudolf Hundstorfer zu der schriftlichen Anfrage [5638/J] der Abgeordneten Karl Öllinger, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz betreffend die Entwicklung der 24-Stunden-Betreuung)

Beim Modell der gewerblichen Personenbetreuung gelten keine arbeitsrechtlichen Bestimmungen. Anzumerken ist, dass die Legalität der selbständigen Ausübung der Personenbetreuung unter ExpertInnen umstritten ist. So hieß es beispielsweise in der Stellungnahme des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages zum Gesetzesentwurf: »Wie bereits zu § 1 des Gesetzesentwurfes ausgeführt, bestehen erhebliche Bedenken, dass die vollständig an den Bedürfnissen der zu betreuenden Person zu orientierende, örtlich und zeitlich exakt gebundene Tätigkeit einer Betreuungsperson als selbstständige Tätigkeit überhaupt ausgeübt werden kann. Formen der ›Scheinselbstständigkeit‹ könnten durch das Gesetz begünstigt werden und die vom Gesetz gewollte Legalisierung bisheriger illegaler Beschäftigungen damit nicht erzielt werden kann.« (Stellungnahme Österreichischer Rechtsanwaltskammertag zum Gesetzesentwurf zum Hausbetreuungsgesetz, 13.04.2007)

## FAKTISCHE AUSWIRKUNGEN

Faktisch bedeutet die Regulierung, dass die 24-Stunden-Pflege in derselben Form wie sie vor der Legalisierung Praxis war, ermöglicht wurde. Es gelten keinerlei Arbeitszeitbestimmungen. Das kann überlange Arbeitszeiten bedeuten. Tatsächlich gibt es BetreuerInnen, die kaum eine Nachtruhe haben und äußerst gefordert sind (Ergebnisse: Interviews mit 24-Stundenpflegekräften, vgl. ausführlich Bachinger 2009). Als Gewerbetreibende haben die Pflegekräfte auch keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und keinen Urlaubsanspruch. Es gilt kein Kollektivvertrag, infolgedessen können die gängigen Tagessätze von durchschnittlich 50 Euro pro Tag bezahlt werden. Auch besteht keine Arbeitslosenversicherung, was viele Betreuungskräfte dazu zwingt äußerst prekäre Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen. Alles in allem sind die Arbeitsbedingungen hochgradig von der Persönlichkeit, dem Gesundheitszustand sowie den Wohnbedingungen der pflegebedürftigen Person abhängig.

Die Arbeitsplatzqualität variiert stark je nach diesen Faktoren. Tendenziell verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen aber mit einem schlechteren Gesundheitszustand der Pflegebedürftigen. Dann nehmen auch die pflegerischen Tätigkeiten in Relation zu Haushaltstätigkeiten zu. Auch die Ausübung der Pflegeleistungen wurde übrigens durch eine entsprechende Gesetzesänderung<sup>6</sup> im Jahr 2008 noch ermöglicht. Ursprünglich waren den PersonenbetreuerInnen die Tätigkeiten, die den Gesundheits- und Krankenpflegeberufen vorbehalten sind (Vorbehaltstätigkeiten) untersagt, was aber als unpraktikabel kritisiert wurde. So hätte nur eine diplomierte Pflegekraft beispielsweise die Medikamentenabgabe vornehmen dürfen, was in der Praxis eine Visite mehrmals täglich erforderlich gemacht hätte. Fragen der Haftung, der Qualität der Pflege sowie der Gefahr der Deprofessionalisierung wurde weitgehend ausgeblendet. Die 24-Stunden-Pflege wurde mit der Angehörigenpflege gleichgesetzt, indem argumentiert wurde, dass Familienangehörige ebenfalls pflegerische Tätigkeiten ausübten (vgl. Bachinger 2009, 137f).

Es wurde auch eine Förderung für die 24-Stunden-Betreuung eingeführt. Selbständige Betreuungskräfte werden mit 550, unselbständige mit 1.100 Euro pro Monat gefördert. Mit der Förderung sollen die sogenannten Legalisierungskosten, d. h. die Kosten für die Sozialversicherung der Pflegekräfte abgedeckt werden. Durch die Förderung wurde die reguläre Beschäftigung einer selbständigen PersonenbetreuerIn sogar kostengünstiger als die irreguläre Beschäftigung. Außerdem profitieren Pflegebedürftige mit höherem Einkommen auch noch durch die steuerliche Absetzbarkeit der Kosten.

### Kostenvergleich reguläre und irreguläre 24-Stunden-Pflege (in Euro):

Annahme: Pflegestufe 3, Pflegegeld 422

Nettoentgelt pro Monat für zwei selbständige PersonenbetreuerInnen (über Mindestbeitragsgrundlage) 1800  
Tagessatz 60

unberücksichtigt bleiben Echkosten für Kost, Logis und Fahrt sowie Vermittlungskosten etc. (fallen in allen Varianten gleich an)

	Irregulär	Förderung neu
Nettohonorar (für zwei Personen)	1.800	1.800
Sozialabgaben (Unfall-, Kranken-, Pensionsversicherung, Selbständigenvorsorge)		454
Kosten pro Monat	1.800	2.254
Kosten pro Jahr	21.600	27.043
Förderung (bei Vorliegen der Voraussetzungen)	0	550
Pflegegeld	422	422
Förderung gesamt	422	972
Kosten abzügl. Förderung und Pflegegeld pro Monat	1.378	1.282
Differenz zu illegaler Betreuung/Monat	0	-96

Quelle: Berechnung Hilfswerk 2008, Walter Marschitz

7 Im europäischen Vergleich sind die Pensionen sehr hoch, dennoch ist ein großer Teil der PflegegeldbezieherInnen mit einem sehr geringen Einkommen ausgestattet. Zwei Drittel der PflegegeldbezieherInnen sind Frauen. Auch pflegende Angehörige sind zu einem hohen Anteil von niedrigen Einkommen betroffen (OECD 2009; Pacolet et al. 1999; Pochobradsky et al. 2005, 18f).

8 Die Kosten der Förderung der 24-Stunden-Betreuung pro pflegebedürftiger Person sind schätzungsweise ungefähr halb so hoch als jene, die für mobile Dienste ausgegeben werden. Die Ausgaben des Bundes für

die 24-Stunden-Pflege betragen laut BM Hundstorfer im Jahr 2009 28,82 Mio. Euro. Angenommen 11.500 Pflegebedürftige nutzen die 24-Stunden-Betreuung, lägen die Kosten bei ca. 2.400 pro Person. Die Ausgaben für mobile Dienste belaufen sich auf ca. 444,7 Mio. Euro, bei 80.000 NutzerInnen, betragen die Kosten ca. 5.600 Euro durchschnittlich pro Person. (Schneider et al. 2006, 10)

### PFLEGEVORSORGE

Hinsichtlich des Pflegevorsorgesystem und der Alterssicherung in Österreich können in Bezug auf die 24-Stunden-Pflege folgende Befunde gestellt werden: Die Transferintensität der Altersvorsorge<sup>7</sup> (hohe Pensionsausgaben) sowie der Pflegevorsorge insgesamt (Pflegegeld, Förderung der 24-Stunden-Pflege) befördern private haushaltsnahe Dienstleistungen und damit eine Tendenz zu informalierten, zum Teil prekarierten und irregulären Arbeitsverhältnissen. Die Geldleistungsorientierung des Sozialschutzsystems bzw. der Pflegevorsorge wurde durch die Förderung der 24-Stunden-Betreuung noch verstärkt. Das Sachleistungssystem kann demgegenüber als relativ unattraktiv bezeichnet werden. So sind die Kosten für mobile Dienste für die KlientInnen vergleichsweise hoch. Die Leistung kommt zumindest in quantitativer Hinsicht nicht an eine 24-Stunden-Pflege heran.

Die öffentlich bereitgestellten Dienste werden durch Budgetrestriktionen äußerst knapp gehalten und sind entsprechend unattraktiv, insbesondere für jene die sich eine 24-Stunden-Pflege leisten können. Die Kosten für eine Einsatzstunde von mobilen Diensten variieren je nach Bundesland und Berufsgruppe von 14,20 bis 42,60 Euro (ohne Unterstützung durch die Sozialhilfe; Schneider et al. 2006, 10). Folgendes Beispiel, das Schneider et al. anführen, veranschaulicht den Kostenaufwand für Pflege und Betreuung:

»Herr Gruber lebt mit seiner Frau in Graz. Beide sind nicht mehr in der Lage regelmäßig Besorgungen zu erledigen und für sich zu kochen. Weiters ist Herr Gruber nicht in der Lage die Körperpflege alleine zu erledigen. Er benötigt zudem täglich eine Injektion. Zu seiner ASVG Höchstpension von 1.715 €/Netto erhält er Pflegegeld Stufe 3 in der Höhe von 421,80 €. Seine Frau erhält Pflegegeld Stufe 2 in der Höhe von 273,40 €. Für den täglichen Besuch einer Heimhilfe (1 Std.) und einer Krankenschwester (1/2 Std.) werden ihm 1.159 € verrechnet.« (Schneider et al. 2006, 10)

Demgegenüber ist eine Rund-um-Betreuung um durchschnittlich 50 Euro pro Tag für Personen, die einen entsprechenden höheren Bedarf haben, häufig kostengünstiger. Aus der Sicht der NutzerInnen mag die 24-Stunden-Pflege eine gute Lösung sein, auch die PflegerInnen können, zumindest solange ein entsprechendes Lohngefälle zwischen Ankunfts- und Herkunftsland gegeben ist, profitieren. Die öffentlichen Hände ersparen sich mit dieser Form der Versorgung einiges, zumindest auf den ersten Blick.<sup>8</sup> Längerfristige Folgekosten z.B. durch mangelhafte Pflegequalität, oder das Abfließen öffentlicher Gelder ins Ausland bleiben freilich dabei unberücksichtigt.

### ÖFFENTLICHE SACHLEISTUNGEN

Stationäre Dienste (Pflege- und Altenheime) gelten, nicht zuletzt durch die Diskurse und Skandale der vergangenen Jahre, nur als allerletzter Ausweg. Bei Inanspruchnahme stationärer Dienste wird das Einkommen und Vermögen der Pflegebedürftigen und in einigen Bundesländern auch der Kinder zur Kostendeckung herangezogen. In letzter Konsequenz sind die mobilen und die stationären Pflegedienste im Sozialhilfesystem verankert. Das Sozialschutzsystem ist aufgrund des Subsidiaritätsprinzips stark familienzentriert. Auch das Pflegesystem baut auf die unbezahlte Arbeit von Angehörigen.

Die Zahl der pflegenden Angehörigen verringert sich jedoch Schätzungen zufolge um einen halben bis zu einem Prozentpunkt jährlich. Wurde Mitte der 1990er-Jahre noch 80% der Pflege von Angehörigen geleistet, so ist der Anteil gegenwärtig bereits auf rund 75% gesunken, in 20 Jahren würde demgemäß nur mehr die Hälfte der Pflegebedürftigen von Angehörigen versorgt werden (Mühlberger et al. 2008, 22). Das bedeutet, dass in Zukunft mehr Pflege und Betreuung vom Markt oder durch öffentliche Dienste erbracht werden muss. Abgesehen von dieser Notwendigkeit böte ein gut ausgebautes Sachleistungssystem die Chance qualifizierte und attraktive Arbeitsplätze in einem expandierenden Pflegearbeitsmarkt zu etablieren.



## CONCLUSIO

Die 24-Stunden-Pflege wirft Fragen der Formalisierbarkeit der Haus- und Sorgearbeit und der Verknüpfung mit sozialen Rechten (Dekommodifizierung) auf. Das Problem der Dekommodifizierung von Haus- und Sorgearbeit weist über die engen Grenzen des idealtypischen Normalarbeitsverhältnisses hinaus, sowohl was den Ort der Arbeit (das Private) als auch die Zeit, die Bedingungen und Erfordernisse der Arbeit (Entgrenzung, Gefühlsarbeit, Subjektivität) anbelangt. Das müsste zwar nicht bedeuten, dass soziale Rechte aufgrund der Tatsache, dass die Arbeitsbedingungen von der Norm abweichen, nicht gewährt werden können, im Falle der Haus- und Sorgearbeit gelingt es aber offenbar, diese Abweichung als nicht formalisierbar und unbezahlbar zu konstruieren. Je größer die Nähe zur unbezahlten Arbeit ist, desto eher werden soziale Rechte und die Bezahlung der Arbeit prinzipiell in Frage gestellt, die Arbeit wird familialisiert oder hausfrauisiert (Werlhof 1983). An die häusliche Pflege werden die Ansprüche der privaten und familiären Arbeit gestellt, nämlich der Einsatz der ganzen Person und Subjektivität rund um die Uhr.

Ein derart exklusives Eins-zu-Eins-Betreuungsverhältnis, wie es bei der 24-Stunden-Pflege verlangt wird, ist aber über längere Zeiträume nicht in bestehende Kollektivvertragsmodelle zu integrieren. Die erforderliche Flexibilität der Tätigkeit ist nicht mit arbeitsrechtlichen Bestimmungen vereinbar und eine kollektivvertragskonforme Entlohnung für die meisten BeschäftigtenInnen nicht finanzierbar. Es gelang zwar durch die Gesetzesänderungen unselbständige Beschäftigung zu ermöglichen, allerdings wurde diese faktisch durch die zugleich erfolgte Einführung des Personenbetreuungsgewerbes und die Gestaltung der Förderung wieder unterminiert.


Dabei wäre gerade die belastende Pflegearbeit ein besonders schützenswerter Bereich. ArbeitnehmerInnenschutzrechte, wie Arbeitszeitbestimmungen, Urlaubsanspruch, Anspruch auf Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall usw. würden die Beschäftigten vor Überlastung schützen und verhinderten auch

mögliche negative Folgewirkungen und Qualitätseinbußen für die Pflegebedürftigen.

Kritik an der Förderung privater haushaltsnaher Dienstleistungen kann auch aus gesellschaftspolitischer und feministischer Sicht angebracht werden. Die Arbeit im Privathaushalt begünstigt die Informalisierung der Arbeit und die Familialisierung der Arbeitskraft. Dadurch verfestigt sich tendenziell die Nähe zur unbezahlten Hausarbeit, die Warenförmigkeit der Arbeitskraft (Kommodifizierung) – sprich der ArbeitnehmerInnenstatus – wird verschleiert und negiert – und folglich die Dekommodifizierung, also die Abschwächung der Warenförmigkeit durch soziale Rechte, unterminiert. Die Gewährung und Einhaltung sozialer Rechte, wie ArbeitnehmerInnenschutzrechte, Einbindung in das Sozialversicherungssystem oder Mitbestimmungsrechte, ist im Bereich der Haus- und Sorgearbeit jedenfalls eher in Form von institutionellen Arbeitsplätzen, z. B. als Beschäftigung bei sozialen Diensten oder in der stationären Versorgung, zu verwirklichen. Gerade die häusliche Pflege und Betreuung ist von zeitlicher, örtlicher und subjektiver Entgrenzung geprägt und wäre daher besonders schutzwürdig. Die 24-Stunden-Pflege ist demgegenüber ein Beispiel, dass ArbeitnehmerInnenrechte in keinsten Weise berücksichtigt werden. Im Gegenteil wurden sie durch die faktische Aberkennung des ArbeitnehmerInnenstatus völlig erodiert. Die 24-Stunden-Pflege wurde als KleinunternehmerInnentum verrechtlicht.

Mit dem entsprechenden politischen Willen hätte das Modell der unselbständigen Beschäftigung mittels finanzieller Anreize attraktiver gestaltet werden können. Dem standen aber nicht nur eine mangelnde Bereitschaft zur Finanzierung von Länder- wie von Bundesseite entgegen, sondern offenbar auch Interessen an der Etablierung bzw. Ausweitung atypischer Beschäftigungsmodelle. Bis zur Legalisierung der 24-Stunden-Pflege wurde eine große Lohndifferenz noch durch die Umgehung von Lohnnebenkosten bzw. durch den Ausschluss von sozialen Rechten durch Illegalisierung er-

reicht. Ein Schließungsinstrument – die Beschränkung des Arbeitsmarktzuganges – kann nach dem EU-Beitritt der Herkunftsländer nur mehr bis 2011 aufrechterhalten werden (weiterhin bleibt die Exklusion durch bürokratische Hürden und Kosten, die mit Hilfe des Berufsrechtes aufrechterhalten wird). Entsprechend war es eine konsistente Strategie, rechtzeitig ein Selbständigen-Modell zu etablieren, das den Kostenvorteil gegenüber unselbständiger Arbeit weiter aufrechterhält. Im Sinne der Förderung von qualifizierter Arbeitsmigration, die längerfristig aufgrund der demographischen Alterung hochnotwendig sein wird, ist die Schließung des Arbeitsmarktes allerdings kontraproduktiv. Angesichts des sinkenden Potentials an Angehörigenpflege, aber steigendem Pflegebedarf aufgrund der demographischen Alterung, scheint es doch eine einigermaßen fragwürdige Praxis, ein dermaßen großes Arbeitskräftepotential in der Eins-zu-eins-Betreuung zu binden.

Pflegebedürftigkeit ist als neues soziales Risiko, von dem immer mehr Menschen direkt und indirekt betroffen sind, nicht oder nur rudimentär in das soziale Sicherungssystem integriert ist. Das bedeutet, dass Pflege zum größten Teil privat durch Eigenarbeit (größtenteils familiär) oder privat finanziert erbracht wird. Letztlich wird durch den Einsatz billiger migrantischer Arbeitskräfte Professionalisierung und Innovation gehemmt. Dem gegenüber stünde die kreative Entwicklung von neuen Arbeits- und Berufsfeldern sowie der Neugestaltung von Arbeitsverhältnissen und der sozialen Absicherung (z.B. Grundeinkommen) ebenso wie die innovative Gestaltung der Pflegevorsorge (neue Wohnformen, Adaption von Wohnraum, Einsatz technischer Hilfsmittel etc.). Das Arbeitsmarktsegment Altenpflege könnte ein attraktiver, wachsender Arbeitsmarktbereich sein. Insbesondere auch geringer qualifizierbare Arbeitskräfte könnten bezahlte mit sozialen Rechten verbundene Arbeit finden. 

#### ALMUT BACHINGER

beschäftigte sich im Rahmen ihrer 2009 abgeschlossenen Dissertation mit dem irregulären Pflegearbeitsmarkt in Österreich. Sie arbeitet als freie Wissenschaftlerin und beim Forschungsinstitut des Roten Kreuzes zu den Themen Sozialpolitik, Gesundheit, Migration und Arbeit.

#### LITERATUR

- Bachinger, Almut** (2009). Der irreguläre Pflegearbeitsmarkt. Zum Transformationsprozess von unbezahlter in bezahlte Arbeit durch die 24-Stunden-Pflege. Dissertation, Universität Wien, [http://inex.univie.ac.at/uploads/media/DISSERTATION\\_almut\\_bachinger.pdf](http://inex.univie.ac.at/uploads/media/DISSERTATION_almut_bachinger.pdf) | **Mühlberger, Ulrike/Guger, Alois/Knittler, Käthe** (2008). Mittel- und langfristige Finanzierung der Pflegevorsorge, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales und Konsumentenschutz | **Nemeth, Claudia/Pochobradsky, Elisabeth** (2004). Qualitätssicherung in der häuslichen Betreuung. Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) im Auftrag des Ministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien | **Pacolet, Josef/Bouten, Ria/Lanoye, Hilde/Viersieck, Katia** (1999). Sozialschutz bei Pflegebedürftigkeit im Alter in den 15 EU-Mitgliedstaaten und in Norwegen. Zusammenfassung im Auftrag der Europäischen Kommission und des belgischen Ministers für soziale Angelegenheiten. Europäische Gemeinschaften | **Pochobradsky, Elisabeth/Bergmann, Franz/Brix-Samoylenko, Harald/Erkamp, Henning/Laub, Renate** (2005). Situation pflegender Angehöriger, Endbericht, Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen (ÖBIG) im Auftrag des Ministeriums für Soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz, Wien | **Schneider, Ulrike/Österle, August/Schober, Doris/Schober, Christian** (2006). Die Kosten der Pflege in Österreich, Forschungsbericht 02/2006, Expertise im Auftrag der S-Versicherung, Wien [http://www.wu.ac.at/sozialpolitik/pub/fbno2\\_06](http://www.wu.ac.at/sozialpolitik/pub/fbno2_06) | **Simsa, Ruth/Schober, Christian/Schober, Doris** (2004). Nonprofit Organisationen im sozialen Dienstleistungsbereich Bedeutung, Rahmenbedingungen, Perspektiven, Studie im Auftrag der BAG „Freie Wohlfahrt“, gekürzte überarbeitete Version, Studienendbericht. Wien | <http://www.npo.or.at/downloads/texte/freiestudien/NPOs%20im%20sozialen%20Dienstleistungsbereich.pdf> (31.08.2006) | **Standard** (14. Juli 2010). Pflege: Zahl der 24-Stunden-Betreuer weiter gestiegen (Zugriff: 11.10.2010) | **Werlhof, Claudia** (1983). Der Proletarier ist tot, es lebe die Hausfrau? in: v. Werlhof, Claudia/Mies, Maria/Bennhold-Thomsen, Veronika (1983). Frauen, die letzte Kolonie. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg

**Inserat**

# 140 Zeichen – ein Jahr danach

**Im Juni 2009** kam es in Teheran – und in Folge in vielen Ländern der Welt – zu Protesten gegen einen vermeintlichen Betrug bei den Präsidentschaftswahlen im Iran. Thomas Königshofer analysierte in der Zukunft 07/2009 die beiden Hauptakteure damals: die *Sea of Green* und das *Social Network* Twitter. Ein Update ein Jahr danach von Thomas Königshofer

Im Juni 2009 war Twitter dominiert von den Trending Topics #CNNfail, #IranElection und #Neda. Zur Erinnerung: Aufgrund der ersten Proteste wurden alle Medien – darunter auch CNN – an der Berichterstattung durch die iranische Regierung und den Basiji – den Truppen der Exekutive – gehindert. CNN begann daraufhin, über das kleine, relativ unbekanntere *Social Network* Twitter die Nachrichten aus dem Iran zu verbreiten. Die damals gerade 20 Millionen User zählende Plattform wurde daraufhin zu dem Informationskanal aus dem Iran in die Weltöffentlichkeit. Und die Twitter-Community feierte mit dem Hashtag #CNNfail (hashtag = Kennzeichnung für einen Thread) ihre mutmaßliche Überlegenheit gegenüber dem großen Nachrichten-Konzern.

In den Hauptstädten der Welt – ausgehend von den USA – schallte der Ruf der Auslands-Iraner durch die virtuellen Weiten des Internets: »Where is my vote!« – »Wo ist meine Stimme!« Der gefühlte Betrug an der Wahl rief Empörung hervor. Gleichzeitig gab es erste große Proteste in Teheran, wobei grüne Bänder und/oder grüne Tücher (Grün = Farbe des Islam) als Zeichen für den Islam und gegen die Regierung und die Entscheidungen des Wächterrates der Bewegung den Namen gaben: *Sea of Green*.

Dabei berauschte sich die Twitter-Community an schnell aufeinander folgende Hypes, sodass das Interesse an diesem Thema ein knappes Monat lang anhielt. Die Erschießung des Mädchens Neda, die von Heckenschützen der Basiji tödlich getroffen worden war, rief Wellen der Empörung hervor, die erst dann abebbten, als es einen weiteren Tod und einen weiteren, vom Iran völlig losgelösten Hype gab: den Tod von Michael Jackson.

Twitter und die iranische Protestbewegung gingen ein Monat lang den Weg gemeinsam. Für beide hat sich seither sehr viel verändert. Während die *Sea of Green* unter dem Druck der iranischen Exekutive quasi verschwand, wurde Twitter eine Art Kultstatus zu gesprochen. Jeder Mobil-Telefonie-Anbieter hielt es für eine kluge Strategie, Twitter in seinen Werbe-Kampagnen zu nennen. Und innerhalb von drei Monaten – im September 2009 – war die bis dahin kaum bekannte Plattform den Investoren eine Milliarde US-Dollar wert. Die Berechnungsgrundlage war dabei: jedes der 140 Zeichen war 7,14 Millionen Dollar wert (in Summe eine Milliarde) eine andere Form der Revolution in 140 Zeichen.

Die Entwicklung der *Sea of Green* und von Twitter verlief vom Juli 2009 bis heute ausgesprochen unterschiedlich. Viele der während der Proteste festgenommenen Iraner sind nach wie vor in den Gefängnissen. Twitter hingegen hat seine User-Zahlen vom Juni 2009 bis September 2010 auf 140 Millionen ausgebaut – das Siebenfache der ursprünglichen Nutzer.

## IRAN

Die Interessen im Iran – der iranischen Regierung ebenso wie der Bevölkerung – standen und stehen im krassen Gegensatz zu den Interessen am Iran. Schon vor der Wahl, nämlich vom 11. bis zum 20. Mai 2009, unternahm die US-basierte Organisation *Terror Free Tomorrow* eine Meinungsumfrage, die sowohl eine hohe Wahlbeteiligung als auch die Prognosen für den Wahlausgang trafen. Bei der Umfrage wurde jedoch auch festgestellt, dass mehr als ein Viertel aller Wahlberechtigter noch unentschlossen waren, ein Argument, dass später von Ahmadinejads Parteigängern als Hinweis für die rechtmäßige Abwicklung der Wahlen herangezogen wurde.

Man war allerdings im Iran auch über die internationale, insbesondere die westliche Haltung selbstverständlich informiert. Denn schon 2006 hatte der US-Kongress den »Iran Freedom And Support Act« beschlossen, der zehn Millionen US-Dollar direkt an Gruppen verteilte, die gegen die iranische Regierung opponierten.

Und 2007 berichtete ABC News, dass Präsident George W. Bush eine 400 Millionen-Dollar-Operation der CIA autorisiert hatte, um den Iran zu destabilisieren. Diese Operation sollte in erster Linie eine koordinierte Kampagne darstellen, die falsche Informationen verbreitete und mittels Manipulation Druck auf die iranische Währung sowie internationale Finanztransaktionen ausüben sollten.

Diese Umstände waren dem Iran und dem dortigen Informationsministerium selbstverständlich bestens bekannt, als am 12. Juni 2009 die Wahl abgehalten wurde, in der Mir-hossein Mousavi leicht favorisiert wurde. Diese Hintergründe boten sowohl dem Wächterrat als auch der Regierung des Irans und deren Institutionen alle möglichen Argumente gegen die »verleumderische« Behauptung des Wahlbetruges.

Es war eine der zahlreichen undurchdachten Aktionen des nach Eigendefinition »verkannten« US-Präsidenten George W. Bush, aufgrund derer Bush-Nachfolger Barack Obama später seine Einschätzung, es gäbe keinen großen Unterschied zwischen Ahmadinejad und Mousavi der versammelten Presse zukommen lassen musste, was dem neuen Präsidenten die Kritik der Gefolgsleute Mousavis einbrachte. So wies Mohsen Makmalbaf, Sprecher von Präsidentschaftskandidaten Mousavi, entschieden darauf hin, dass Obama es wohl nicht gerne hörte, wenn jemand sagte, es gäbe keine Unterschiede zwischen ihm und seinem Vorgänger Bush.

Nach der Wahl wurden schnell Stimmen laut, die von Wahlbetrug und Manipulation sprachen. So schlussfolgerte Professor Walter R. Mebane Jr. vom Institut für Statistik der

University of Chicago aus dem Umstand, dass es im Vergleich zur Wahl von 2005 kaum Schwankungen in den einzelnen Daten gäbe, dies »die Diagnose ziemlich stark unterstützt, dass die 2009-Wahlen von einem signifikanten Betrug beeinflusst wurden.« Zum selben Ergebnis kam der UK-ThinkTank Catham House.

Die Gründe für diese Vermutung waren einfach: In den beiden konservativen Provinzen Mazandaran und Yazd haben mehr als 100 Prozent der Stimmberechtigten ihre Stimme abgegeben. Es gab in den meisten Provinzen keine typischen statistischen Schwankungen, die quasi die Ausnahmen der Regel sind und diese Regel damit bestätigen. Weiters bedeutete das Ergebnis, dass Ahmadinejad in einem Drittel aller Provinzen nicht nur seine Wählerstimmen halten, sondern alle neuen Stimmen und bis zu 44 Prozent (!!!) der früheren Reformier-Stimmen erhalten habe. Dies wäre der Wunder zu viel.

## KRIEG GEGEN GOTT

Während der Freitagsgebete am 26. Juni soll Ayatollah Ahmad Khatami Berichten zufolge gesagt haben, dass »jeder, der gegen das Islamische System oder die Führer der Islamischen Gesellschaft kämpft, bis zur kompletten Zerstörung bekämpft wird.« Und er soll die anstehenden Exekutionen von Demonstranten damit gerechtfertigt haben, dass dies ein Kampf gegen Leute sei, die einen Krieg gegen Gott führen.

Nach der Bestätigung Ahmadinejads durch den Wächterrat brachte das iranische Staatsfernsehen am 5. Juli 2009 »Beichten« von Demonstranten, die reumütig erzählten, wie sie von anderen dazu verleitet worden waren. Ahmadinejad gab sich in diesem Zusammenhang großzügig und verglich die Proteste der *Sea of Green* mit den »Gefühlen nach einem Fußballspiel«.

Deshalb kündigte der iranische Journalist und Schriftsteller Akbar Ganji einen dreitägigen Hungerstreik – vom 22. bis zum 25. Juli –, an dem unter anderem auch Schauspieler

Robert Redford teilnahm. Am 5. August wurde Mahmoud Ahmadinejad zu seiner zweiten Amtszeit als Präsident vereidigt. Dass draußen Protestanten »Tod dem Diktator« riefen, war an diesem Tag egal. Sechs Tage später, also am 11. August, bestätigte die iranische Regierung, dass 4000 Menschen während der Proteste im Juni festgenommen worden waren.

Wie es sich für einen Staatsmann gehört, sandte der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon seine traditionellen Glückwünsche zur Angelobung an Ahmadinejad. Generell hielt sich die politische Weltöffentlichkeit zurück. Es gab keinen Anlass, sich in die Angelegenheiten eines fremden Landes einzumischen, noch dazu wo sich die Probleme anderweitig nachhaltig häuften, sowohl in den europäischen Ländern als auch in den USA. Die Finanzkrise gab größere und dringendere Aufgaben auf.

### IN DIE IRRE GELEITET?

Und so konnte Ayatollah Ali Khamenei, der noch heute ein Twitter-Account besitzt, am 26. August 2009 im iranischen Staatsfernsehen genau das sagen, was bereits weiter oben angeschnitten wurde: dass die Proteste von ausländischen Regierungen geplant und organisiert worden waren und die Demonstranten von diesen in die Irre geleitet wurden. Sohrab Aarabi, einer der vielen nach Khameneis Meinung in die Irre geleiteten, galt als verschwunden – bis sein Leichnam gefunden wurde.

Im September 2010 veröffentlichte der Twitter-User »Sarbaz01« auf einer Website eine Liste mit Namen von 150 zwischen Juni 2009 und Juni 2010 getöteter Demonstranten.

Und der letzte Tweet (tweet = Nachricht mit max. 140 Zeichen auf Twitter) der Aktionsgruppe »persiankiwi« vom 24. Juni 2009 – kurz darauf wurde sie verhaftet – sagte viel über die Stimmung vieler Menschen im Iran aus: »Allah – you are the creator of all and all must return to you – Allah Akbar – #IranElection Sea of Green.«

### TWITTER

Das *Social Network* entwickelte sich dank der neuen Aufmerksamkeit rund um die Iran-Wahl ausgezeichnet. Innerhalb von sechs Wochen hatte sich die Userzahl von 20 Millionen auf 40 Millionen verdoppelt. Im September 2009 kam die Einigung des Unternehmens mit neuen Investoren, sodass Twitter nun eine Milliarde US-Dollar wert war – und auch auf dem Konto hatte. Während ein Tweet aus dem Iran lautet »140 Zeichen sind ein Roman, wenn du dafür stirbst«, bekamen die 140 Zeichen nun einen anderen Wert: nämlich 7,14 Millionen pro Zeichen.

Twitter hatte aber auch Probleme, die es in der Euphorie des Erfolges nicht wahrnahm. Ungefähr 20 Prozent aller zwischen Mitte Juni und Ende August eingerichteten Twitter-Accounts waren inaktiv, das heißt es wurde von ihnen nicht mehr gepostet. Dies wiederum bedeutet, dass ca. zwanzig Prozent aller Follower (Follower = User, die die Tweets eines Accounts lesen) quasi wertlos waren.

Und die Inaktivitätsrate stieg noch weiter an – bis in den späten Jänner 2010 hinein. Ebenso abträglich für den weiteren Wachstum des Investitionsvolumens war der Umstand, dass die Twitervorstände es für nicht nötig erachteten, ein entsprechendes Modell vorzuweisen, mit dem Einnahmen lukriert werden konnten. An Gewinne wollte zu diesem Zeitpunkt ohnedies noch niemand denken.

Dieser Umstand lag wohl an der Entstehungsgeschichte Twitters selbst. Twitter wurde ursprünglich als internes SMS-Portal des podcasting-Unternehmens *Odeon* entwickelt. Jack Dorsey, Entwickler und späterer Vorstand von Twitter, verschickte den ersten Tweet am 21. März 2006 um 9.50 pm (21.50) *Pacific Standard Time*. Die Möglichkeiten des Dienstes wurden vom späteren CEO Evan Williams sehr schnell erkannt. Andererseits blieb Twitter im Bewusstsein des Unternehmens immer das Microblogging und SMS-Tool, als das es entwickelt wurde.

Auch wenn es von etlichen Tweetern (=Twitter-User) als auch vom Unternehmen selbst in weiterer Folge anders interpretiert wurde: Neben der Iran-Wahl war für die Interpretation von Twitter als Portal für Bürgerjournalismus – wie z. B. Daniel Eckmann von der SRG das Phänomen bezeichnete – ein Tweet von der Hudson-Fähre, als ein Passierflugzeug in den Hudson River stürzte, via iPhone ausschlaggebend. Der Tweet hält bis heute alle Retweet-Rekord und gab Anlass zur Diskussion, ob Twitter nun ein Nachrichtenportal sei oder ein *Social Network*. Zur Argumentation wurden sogenannte Retweet-Bäume (=Diagramme, die die Weiterverbreitung des Tweets darstellten). Und vor allem in Deutschland fühlte man sich mit der Definition von Twitter als Nachrichtenportal denn als *Social Network* wesentlich wohler.


Dieser Interpretation widersprechen zwei Fakten: Erstens wurde hauptsächlich der erwähnte Hudson-Fähren-Tweet für die Argumentation herangezogen, zweitens zeigen die Ergebnisse der Tweet-Untersuchung von *Pear Analytics* ein ganz anderes Ergebnis. Laut *Pear Analytics* bestehen die Inhalte von Tweets zu 40,1 Prozent aus nichtssagenden Äußerungen, 37,6 Prozent sind Konversation, 8,7 Prozent leiten Inhalte weiter, 5,9 Prozent werden zur Eigen-Promotion genutzt, 3,8 Prozent der Tweets sind Spams und lediglich 3,6 Prozent sind tatsächliche Nachrichten. Im Verhältnis Nachrichten zu *Social Network* stehen somit 3,6 Prozent Nachrichten 77,7 Prozent *Social Network*-Aktivitäten gegenüber.

Dass Twitter massiv wuchs, lässt sich auch anhand der Menge der versandten Tweets verdeutlichen. Ende 2009 wurden zwei Milliarden Tweets pro Quartal verschickt, im Februar 2010 waren es schon 50 Millionen Tweets pro Tag. Hier wurden die Inaktivitätsraten, die bis Jänner 2010 anhielten, bereits wieder kompensiert. Ende Juni waren es 65 Millionen Tweets pro Tag, was einer Menge von 750 Tweets pro Sekunde entspricht. Im September 2010 veränderte sich Twitter erneut massiv. Der bisherige CEO Evan Williams wurde vom bisherigen COO Dick Costolo abgelöst. Gleichzeitig be-

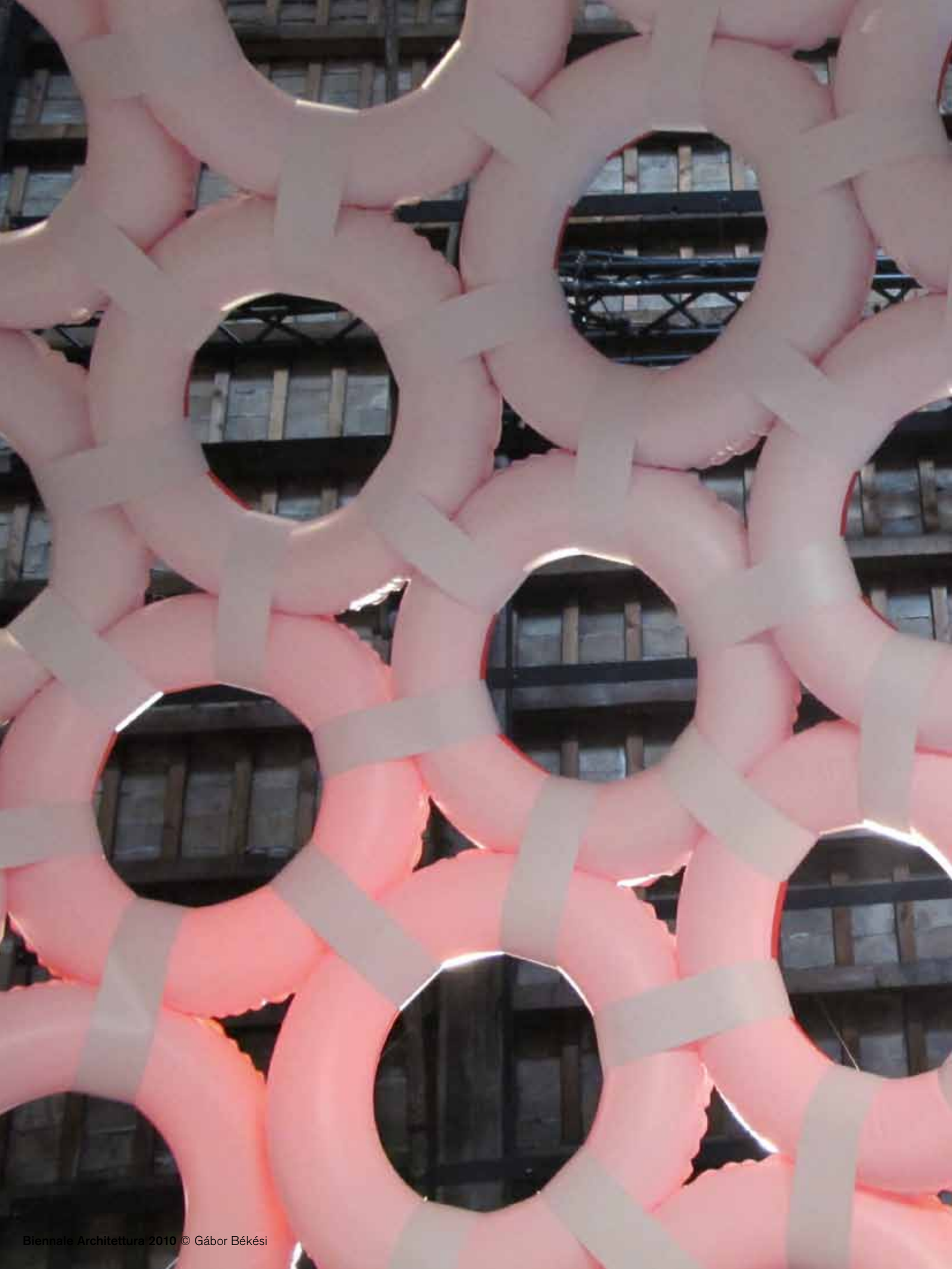
kam Twitter ein neues Äußeres und neue Funktionen. Twitter Neu war wesentlich komplexer, konnte Daten über Tweeter und Follower schneller und direkter vermitteln und zeigte sich in Summe als brillante Weiterentwicklung der Plattform.

## 140 ZEICHEN

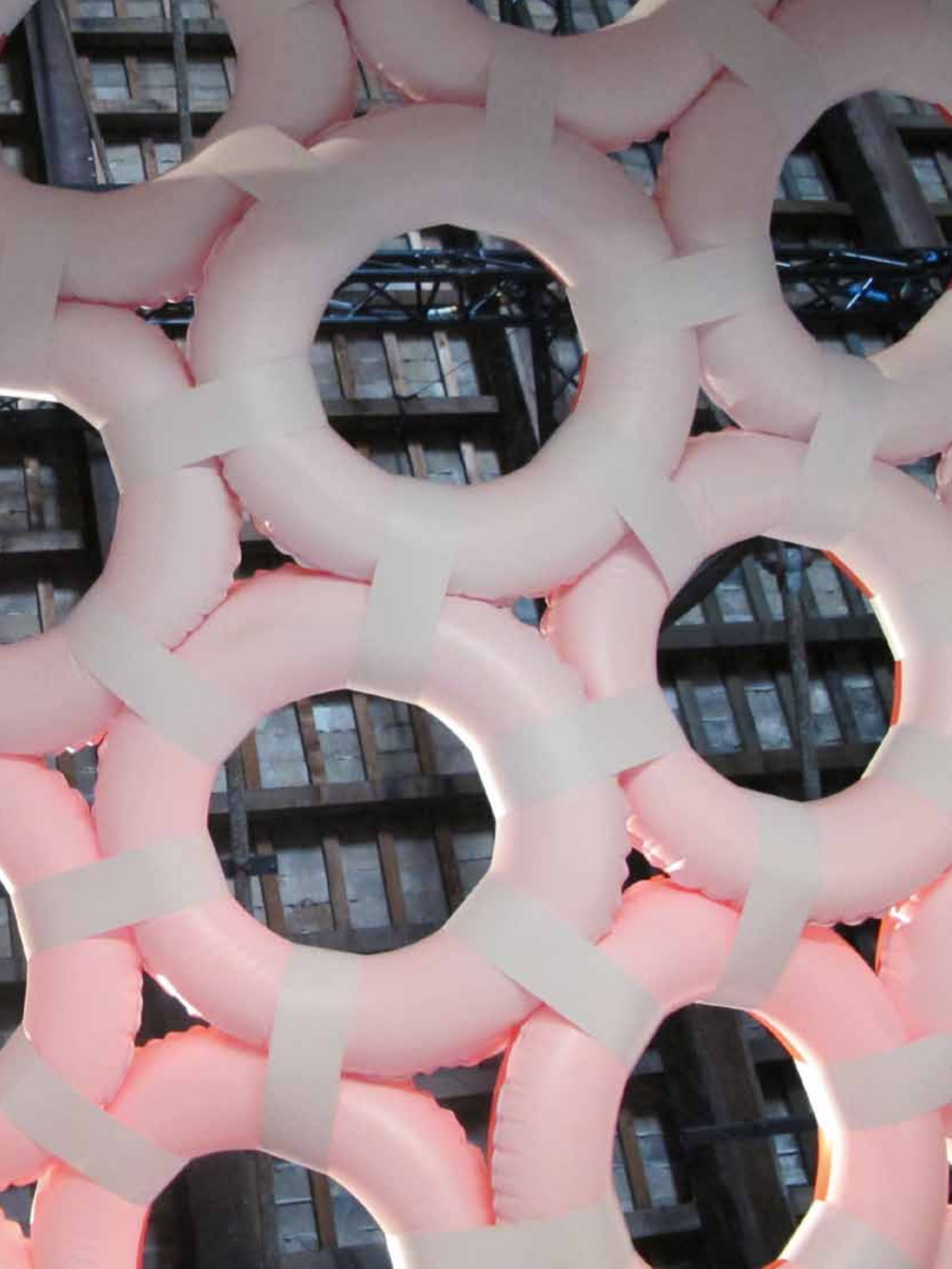
Es ist offensichtlich, dass Twitter und Teheran eine andere Entwicklung genommen haben. 140 Zeichen konnten sowohl für Widerstand als auch für Investoren-Engagement stehen. Und Twitter hat seinen Aufschwung dank der Opferbereitschaft von Tausenden von Iranern gemacht – zumindest in dem beschriebenen Ausmaß.

Wie die Situation im Iran sich entwickeln wird, bleibt noch unklar. Wohin der Weg von Twitter führt, darüber kann ebenfalls nur spekuliert werden. Für ein knappes Monat waren die beiden eine eindrucksvolle Symbiose. Und für einige iranische Tweeter ist Twitter immer noch ein Symbol für Hoffnung: »We will continue to TWEET for freedom and justice – until the end.« 

**THOMAS KÖNIGSHOFER**  
ist freier Journalist, Filmproduzent  
und in CrossMedia-Projekten tätig.







# Pamphlet oder Wegweiser

**Thilo Sarrazins Buch** »Deutschland schafft sich ab« hat bereits für intensive politische Debatten und gesorgt und wurde bereits in der letzten Ausgabe der Zukunft einer tiefgehenden inhaltlichen Kritik unterzogen hat. Caspar Einem hat das Buch für die »Zukunft« gelesen und stellt die wesentlichen und für die Tagespolitik bedeutenden Kernaussagen zusammen

**D**ieses Buch hat etwas ausgelöst – zunächst vor allem eine erregte öffentliche Debatte, als noch kaum jemand das Buch wirklich gelesen hatte. Die hier rezensierte Ausgabe entstammt immerhin schon der 12. Auflage. Mittlerweile ist es daher vermutlich schon weithin gelesen. Was ist zu diesem Buch, das offenbar sowohl einen weit verbreiteten (Angst vor »Überfremdung«) als auch noch einen anderen (Rassismusknähe) Nerv getroffen hat, zu sagen?

Das Buch ist mit seinen mehr als 400 Seiten lang und hat auch Längen. Das liegt vor allem an der unglaublichen Redundanz der Hauptaussagen Sarrazins, an seiner immer wieder kehrenden Grundüberzeugung, die in jedem Kapitel dargelegt wird. Es ist aber auch ein außerordentlich fakten- und zahlenreiches Buch. Sarrazin hat sich unglaubliche Mühe gemacht, entsprechende Quellen zu finden und anzuführen, die seine Thesen stützen sollen. Und er hat gleichzeitig – vor allem in den 33 Seiten mit Fußnoten und Hinweisen – auch gehörig um sich geschlagen gegen alle »Gutmenschen« und die, die das demoskopische und das Migrantenproblem in Deutschland in seinen Augen kleinreden. Auch österreichischen und auch sozialdemokratischen Lesern ist das Buch zumutbar.

Ist es ein gutes Buch? Nein. Dazu ist es mit zu heißer Feder geschrieben und greift zu sehr auf biologistische Scheinbegründungen zurück. So gesehen ist es ein populistisches Pamphlet, allerdings auf sehr hohem Niveau. Sarrazin ist zweifellos gebildet, beherrscht die Sprache und kann schreiben und setzt die Mittel ein, die ein populistischer Politiker einsetzen würde, um seine Sache in den Köpfen der Zuhörer – hier der Leser – unterzubringen.

## Sarrazins Problemsicht

Es ist trotz der Mühsal, die es bedeutet, lohnend, dieses Buch zu lesen und sich mit den konkreten Vorschlägen Sarrazins auseinander zu setzen. Die zentrale Frage, um die Sarrazins Buch kreist, ist vor allem die, ob es gelingt, »in Deutschland dauerhaft genügend Intelligenz, Fleiß und Einsatzfreude (auf Neudeutsch Human Resources) zu mobilisieren, um das erreichte Niveau zu halten, im weltweiten Wettbewerb zu verteidigen und fortzuentwickeln.« (S. 32) Die zentralen Probleme, die Sarrazin sieht und die es schwer machen, seine zentrale Frage zu bejahen, sind die folgenden: Einerseits weist die demografische Entwicklung Deutschlands sehr deutlich darauf hin, dass die Bevölkerung bei der gegebenen Reproduktionsrate in den nächsten Jahrzehnten – mit und ohne Migration – schrumpfen und dass der Altersaufbau immer ungesunder würden.

Andererseits sieht Sarrazin, dass die unteren sozialen Schichten – und dazu zählten auch die meisten Migrantenhaushalte mit türkischem, arabischem oder afrikanischem Hintergrund – wesentlich mehr Kinder bekommen als die Mittel- und Oberschicht Deutschlands. Sarrazin setzt in diesem Zusammenhang Unterschichtzugehörigkeit mit Bildungsferne (wohl zutreffend) und diese mit deutlich schwächerer Intelligenzausstattung (nicht so ohne weiteres nachvollziehbar) gleich und ist gestützt auf die von ihm zitierte Literatur der Überzeugung, dass Intelligenz überwiegend vererbt werde (»50 bis 80% erblich bedingt«). Dies führe notwendig zur genetisch bedingten Verdummung der deutschen Gesellschaft. Eine seiner Sorgen ist daher vom Anfang bis zum Ende des Buches, »dass wir als Volk an durchschnittlicher Intelligenz verlieren, wenn die intelligenteren Frauen weniger

1 Ein Ehepaar mit zwei Kindern erhält in Deutschland 1710 Euro im Monat (vgl. S. 149) – in Österreich beträgt die Mindestsicherung für ein Paar mit zwei Kindern 1383,86 Euro.

2 In Österreich (Wien) 133,92 Euro pro Kind

oder gar keine Kinder zur Welt bringen«. (S. 9) Ausführlich beschäftigt Sarrazin zudem das Phänomen, dass offenbar – die Zahlen scheinen hier recht deutlich – ein großer Teil der Spätzuwanderer (ab den 80er Jahren) aus der Türkei, arabischen Ländern und Afrika sowie ein nicht unbedeutender der deutschen Unterschicht von Hartz IV Mindestsicherung leben und dass deren zahlreiche Kinder gar nicht mehr den Ehrgeiz entwickeln, von ihrer eigenen Arbeitsleistung zu leben, geschweige denn gesellschaftlich aufzusteigen.

Man muss Sarrazins biologische Annahmen nicht teilen, um seine Vorschläge ernst zu nehmen – zumal die auch ohne seine Annahmen Sinn machen können. Es lohnt in jedem Falle, die Begabungsreserven der Bevölkerung – der autochthonen wie der zugewanderten – möglichst zu entwickeln und damit auszuschöpfen. Und dieses Ziel gilt es nicht bloß deshalb zu verfolgen, weil »es auf dem Arbeitsmarkt ein immer dürftigeres Angebot für das untere Viertel im Begabungs- und Leistungsprofil geben (wird), denn auch Handwerksberufe, in denen man früher noch unterkommen konnte, setzen inzwischen mehr voraus, als dieses Viertel mitbringt.« (S. 55)

### **Vorschläge zur Mobilisierung der Sozialhilfeempfänger**

Sarrazin geht es darum, die von Sozialtransfers lebende Unterschicht zu mobilisieren und damit für Bildung und so letztlich auch für den Arbeitsmarkt (wieder bzw. vielfach auch erstmals) zu gewinnen:

- Jede Maßnahme müsse daran anknüpfen, das Individuum für sein Verhalten auch verantwortlich zu machen.
- »Gerade die weniger Ehrgeizigen, weniger planvoll Handelnden werden durch die staatlichen Transfers zu einem bequemen Leben verführt, das ihnen allmählich ihren Stolz nimmt, ihre Kräfte lähmt, ihre Begabungen verschmährt und an ihrem Selbstbewusstsein nagt.« (S. 127) »Investition in das Glück der Menschen muss Investition in ihren Stolz sein, und das heißt in die Entwicklung ihrer Fähigkeiten und der Förderung ihrer Anstrengungsbereitschaft.« (S. 133).
- Ohne hier auf die konkrete Sozialhilfe, Grundsicherung

und Arbeitslosenunterstützung in Deutschland einzugehen kann gesagt werden, dass Hartz IV offenbar gerade für kinderreiche Familien relativ attraktive Leistungen<sup>1</sup> bereit hält und daher den Antrieb zur Arbeitsaufnahme gerade bei Personen mit geringerer Qualifikation verkümmern lässt. Dagegen könnte man, so Sarrazin, entweder die Grundsicherung deutlich absenken; das hält er aus verschiedenen Gründen für nicht gangbar. Man könnte die Anrechnungsregeln lockern – das koste zwar Geld, könnte aber noch mehr Geld sparen, wenn der Anreiz wächst, bezahlte Arbeit aufzunehmen. Und man könnte einen hohen Mindestlohn vorschreiben; das koste aber gerade dort Arbeitsplätze, wo sie für die schlecht Qualifizierten nötig wären.(vgl. S. 160)

- Als Lösung könne etwa auf das aus den USA (und Österreich) bekannte Modell der negative *income tax* zurück gegriffen werden. (vgl. S. 180)
- Um zu verhindern, dass die relativ gute Mindestsicherung für Kinder (monatlich 322 €<sup>2</sup>) nur zur Verbesserung des Einkommens der ebenfalls von Mindestsicherung lebenden Eltern führt schlägt er vor »die Geldleistungen für Kinder zu minimieren und die staatlichen Ressourcen lieber in Ganztagesbetreuung, in das staatliche Bildungssystem und in Schulspeisungen zu stecken.« (S. 179)
- Bei den erwachsenen Grundsicherungsempfängern schlägt Sarrazin vor, »alle erwerbsfähigen Empfänger ... zu einer Gegenleistung zu verpflichten. Dabei kann zunächst dahin gestellt bleiben, wie produktiv diese Gegenleistung ist und ob sie überhaupt produktiv ist. Entscheidend ist, dass sie ausnahmslos eingefordert wird und die Anforderung in Bezug auf Pünktlichkeit, Disziplin und Arbeitsbereitschaft dem regulären Arbeitsleben möglichst nahe kommen. Wer seinen Pflichten gar nicht nachkommt oder nur unpünktlich oder unzuverlässig, dem würde die Grundsicherung gekürzt oder gestrichen.« (S. 183) Die hier durchzusetzenden Sekundärtugenden seien von entscheidender Bedeutung für die Arbeitsmarktfähigkeit.

### **Vorschläge zur Bildungsreform**

Die Vorschläge stellen vor allem auf bildungsferne Schichten ab:

- Um die Sozialisationsdefizite der Kinder und die mangelnde Förderfähigkeit der Eltern aus Unterschicht- und Migrantenfamilien auszugleichen schlägt Sarrazin ein umfassendes Angebot an ganztägigen Kindergartenplätzen und an Ganztageschulen vor – wohlgemerkt: nicht Vormittagsschulen mit Hortbetreuung am Nachmittag, sondern Ganztageschulen mit Aufgabenbetreuung durch die Lehrer. Nur so könnten einerseits Unterschicht- und Migrantenkinder entsprechend betreut und gefördert und dem Verbleib in einer trägen von Sozialtransfer abhängigen Subkultur entrissen werden. Aber auch Mütter aus der Mittel- und Oberschicht könnten nur so Beruf und Mutterschaft vereinbaren – noch dazu ohne dabei ein schlechtes Gewissen haben zu müssen, wenn dies die Regelschule wäre. Daher: Umstellung des Transfersystems: mehr Sachleistungen für Kinder, weniger Geldleistungen für die Eltern. Ganztageschulen seien für den Staat teuer, für die Eltern sollten sie kostenfrei sein (S. 230).
- Auch die Mahlzeiten in den Kindergärten und Schulen sollten kostenfrei für die Eltern sein.
- Betonung auf Spracherwerb bereits in den Kindergärten – kein Fernsehen, aber Vorlesen (S. 231)
- Für Kinder aus bildungsfernen Schichten verpflichtender Kindergartenbesuch ab (spätestens) dem vierten Lebensjahr.
- Die unterschiedliche Förderung von Kindern aus bildungsnahen und bildungsfernen Familien »können am besten kompensiert werden durch eine frühkindliche Erziehung für alle, die insbesondere auf Sozialisation und Sprachkompetenz Wert legt.« (S. 224)
- Ganz wichtig sei, dass Kinder im Volksschulalter möglichst bloß einer Bezugsperson als Lehrer haben. »Um im Gehirn Motivation hervor zu rufen, bedarf es gelingender menschlicher Beziehungen.« (S. 202) Bei der Beziehung zwischen Pädagogen und Kind bzw. Jugendlichen komme es dabei auf eine Balance zwischen verstehender Zuwendung und Führung an.
- »Schuluniformen sollten obligatorisch sein. Sie verwischen soziale Unterschiede...« (S. 232)
- Für die spätere Bildung bzw. Arbeitsmarktfähigkeit dürften

»Defizite in den Grundfertigkeiten ... in der Schule nicht geduldet werden, es sei denn, sie sind durch unaufhebbare intellektuelle Grenzen bedingt.« (S. 203)

- Anhand eines Experiments in Naperville/Illinois zeigte sich, dass eine tägliche Stunde Sport zu einer erheblichen Verbesserung der schulischen Leistungen aller Schüler und zu einer deutlichen Reduktion des Anteils der Übergewichtigen führte. Die positivsten Auswirkungen auf die intellektuelle Leistungsfähigkeit waren festzustellen, wenn die sportliche Betätigung vor Beginn des Unterrichts stattfand (vgl. S. 217).
- »Mit fortschreitender Schullaufbahn werden für die leistungsschwächeren Kinder zunehmend praktische Fächer angeboten...« (S. 232)
- »Auf den Erwerb und die Einübung von Sekundärtugenden – Pünktlichkeit, Fleiß, Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit – wird besonderer Wert gelegt. Schulschwänzen wird nicht geduldet... Die Eltern werden für jede unentschuldigte Fehlzeit mit empfindlichen Geldbußen belegt.« (S. 232f)
- Um einheitliche Mindeststandards in der schulischen Bildung zu erreichen soll »in jeder Schule und in jeder Klasse ... gegen Ende des Schuljahres ein bundesweit einheitlicher Test zum erreichten Stand in den Kernkompetenzen Leseverständnis und mathematisches Verständnis durchgeführt« werden (S. 252).

### **Vorschläge zum Umgang mit (muslimischen) Migranten**

Grundsätzlich reiche es aus, wenn Muslime »unsere Gesetze beachten, ihre Frauen nicht unterdrücken, Zwangsheiraten abschaffen, ihre Jugendlichen an Gewalttätigkeiten hindern und für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen.« (S. 292)

- »Je bunter die Mischung, desto klarer müssen die Regeln sein. ...In Holland gewähren die Gemeinden das Niederlassungsrecht. Dieses kann aber auch entzogen werden. Familien, die sich schlecht benehmen, können so zum Umzug gezwungen werden. In der nächsten Gemeinde benehmen sie sich meist besser.



**Thilo Sarrazin**  
**DEUTSCHLAND SCHAFFT SICH AB**  
**Wie wir unser Land aufs Spiel setzen**  
München 2010 (DVA), 409 Seiten  
23,70 EUR

- Burkaträgerinnen wird in Holland die Sozialhilfe entzogen mit dem Argument, dass sie so nicht am Arbeitsmarkt vermittlungsfähig seien.« (S. 302)
- Es müsse in der aufnehmenden Gesellschaft eine klare Erwartungshaltung gegenüber den Zuwanderern vermittelt werden. Sie könne etwa so lauten:  
»Wer da ist und einen legalen Aufenthaltsstatus hat ist willkommen. Aber wir erwarten von euch, dass ihr die Sprache lernt, dass ihr euren Lebensunterhalt mit Arbeit verdient, dass ihr Bildungsehreize für eure Kinder habt, dass ihr euch an die Sitten und Gebräuche Deutschlands anpasst und dass ihr mit der Zeit Deutsche werdet – wenn nicht ihr, dann spätestens eure Kinder. Wenn ihr muslimischen Glaubens seid, o.k.. Damit habt ihr dieselben Rechte und Pflichten wie heidnische, evangelische oder katholische Deutsche. Aber wir wollen keine nationalen Minderheiten. Wer Türke oder Araber bleiben will und dies auch für seine Kinder möchte, der ist in seinem Herkunftsland besser aufgehoben...« (S. 326)
- In der Schule gibt es »keine Befreiung von bestimmten Unterrichtsstunden aus religiösen Gründen, etwa in den Fächern Sport und Biologie.
- Wie in Frankreich wird das Kopftuch an Schulen untersagt. Den Schulen steht es frei, Schuluniformen einzuführen.
- Die Anforderungen des Sprachtests bei Ehegattenzug werden verschärft...« (S. 328)
- »Das Ziel des vorgeschlagenen Maßnahmenbündels besteht darin, die Integration der bereits Zugewanderten zu verbessern und zu beschleunigen, im übrigen aber weitere Zuwanderung nach Deutschland mit Ausnahme hochqualifizierter Experten generell zu unterbinden.« (S. 329)

### **Mehr Kinder von den Klugen<sup>3</sup>**

Anlass dieser Vorschläge Sarrazins ist die Tatsache der abnehmenden Reproduktionsrate bei wachsendem Wohlstand – und zwar insbesondere bei den Mittel- und Oberschichten. Je höher der Bildungsstand der Frauen, desto geringer die Zahl der Kinder dieser Frauen (vgl. S. 355). Noch krasser als in der

Gesamtheit der Frauen mit Universitätsabschluss ist allerdings die Entwicklung bei den wissenschaftlich Tätigen: 73 % der im Mittelbau der Universitäten Tätigen in der Altersgruppe von 22 bis 44 haben keine Kinder, bei den Frauen sind es sogar 75 %...« (S. 357)

Es zeige sich überdies ein deutlich positiver Zusammenhang zwischen der Religiosität und der Geburtenrate – »je säkularer und glaubensferner ein Volk oder eine soziale Gruppe ist, umso niedriger ist auch die Geburtenrate.« (S. 362)

Lasse man die Dinge sich weiter entwickeln, wie sie sich nun entwickelten, sei zwar dennoch eine zunehmende Vergrößerung der deutschen Gesellschaft zu erwarten, jedoch wegen der deutlichen höheren Geburtenrate der bildungsfernen Schichten, der gläubigen Muslime usw. drohe auch noch eine zunehmende Verdummung Deutschlands – hier greift Sarrazins ständig wiederholtes Argument, dass die bildungsfernen auch die weniger intelligenten seien und Intelligenz oder ihr Mangel sich auch vererbe –, abgesehen vom schrumpfenden Anteil der Deutschen und einem Überhandnehmen der Kinder aus migrantischen Milieus.

Aber »auch ohne Einwanderung könnte der Trend zur Vergrößerung umgekehrt und in zwei Generationen wieder eine günstigere Bevölkerungsstruktur erreicht werden, weil sich auch die Intelligenten nicht mehr unterdurchschnittlich fortpflanzen. Dazu wird es aber nur kommen, wenn, ja wenn die Deutschen ziemlich rasch und recht radikal ihr Geburtenverhalten ändern, und das heißt, dass die Unterschicht weniger Kinder bekommt und die Mittel- und Oberschicht deutlich mehr als bisher.« (S. 373)

Maßnahmenvorschläge zu diesem Ziel:


- ein qualitativ hochwertiges, möglichst ganztägiges Betreuungsangebot – auf Wunsch vom Krippenalter an – (als) eherne Voraussetzung für jede moderne Familienpolitik – nicht

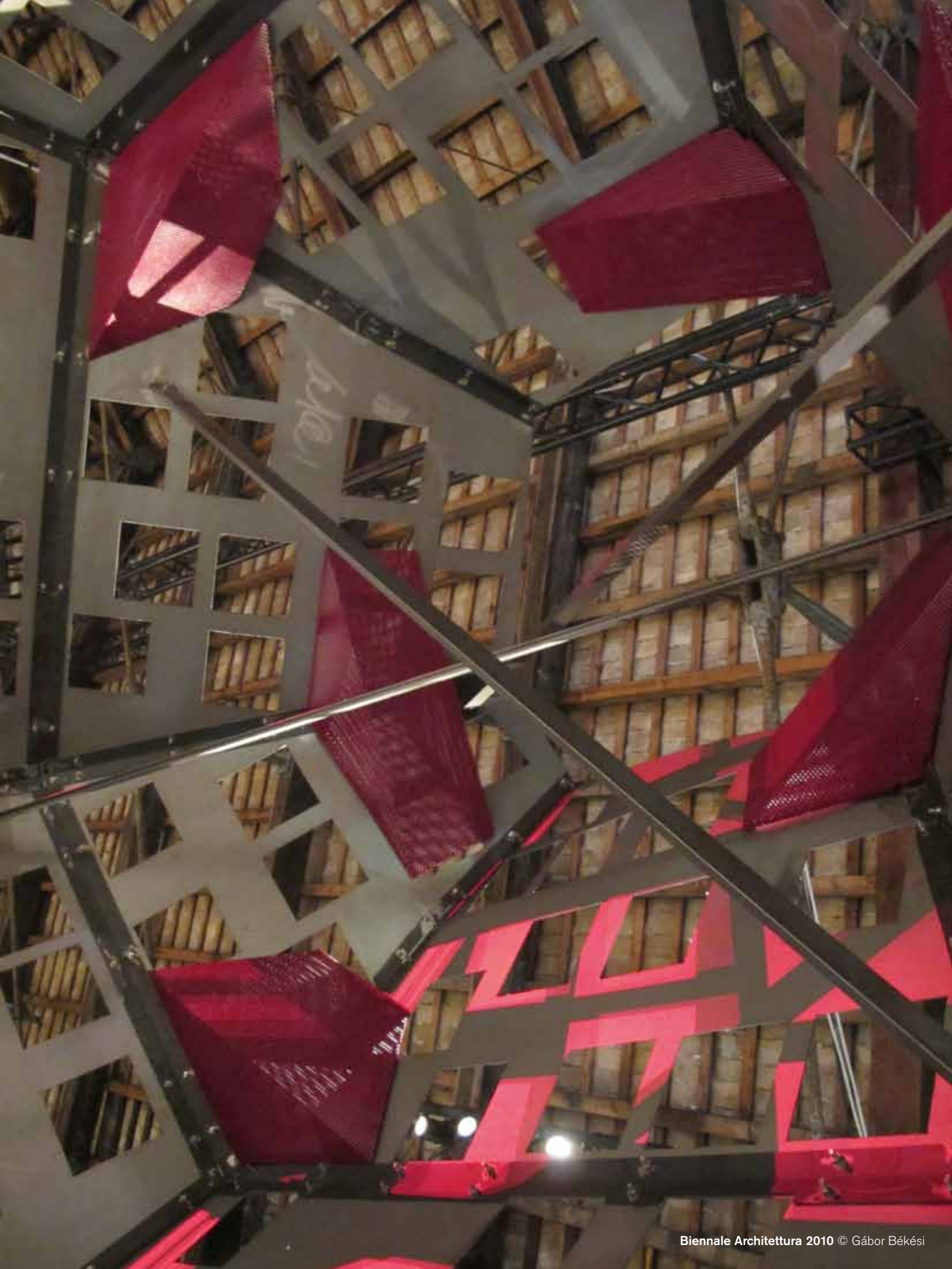
zuletzt um wirklich Berufstätigkeit der Mütter zu ermöglichen (S. 380)

- im Schulsystem flächendeckende Umstellung auf Ganztageschulen nach angelsächsischem oder französischem Vorbild... (S. 381)
- »das durchschnittliche Lebensalter, in dem die akademische Ausbildung ... abgeschlossen wird, muss sinken.« (S. 381)
- In der Rentenversicherung sollte die Beitragslast der Höhe nach durch die Zahl der Kinder mitbestimmt werden: wer mehr Kinder hat, zahlt weniger. (vgl. S. 383)
- Das einkommensunabhängige Kindergeld schaffe die falschen Anreize – mehr Kinder im unteren Einkommensegment. Daher Umstellung auf steuerliche Freibeträge oder Entlastung der Arbeitnehmer bei den Beiträgen zur Sozialversicherung (S. 386)
- Auch das in Deutschland geltende Familienbesteuerungssystem (Familiensplitting) sollte umgestellt werden, so dass die Steuerbelastung mit der Zahl der Kinder sinkt. In Frankreich habe dieses System einen Beitrag dazu geleistet, dass insbesondere dritte und vierte Kinder aus höheren Schichten gefördert worden seien (vgl. S. 389).
- Für Studierende schlägt Sarrazin vor, einen fühlbaren Anreiz mit Fristsetzung zu schaffen: »Es könnte beispielsweise bei abgeschlossenem Studium für jedes Kind, das vor Vollendung des 30. Lebensjahres der Mutter geboren wird, eine staatliche Prämie von 50.000 Euro ausgesetzt werden. Man könnte diese Altersgrenze auch für das erste, zweite, dritte Kind variieren. Mit der Prämie für zwei Kinder hätten die jungen Eltern – beispielsweise – das notwendige Eigenkapital für Wohneigentum.« (S. 389) Das wäre bei den derzeitigen Kindergeldsätzen sogar nicht teurer als das Kindergeld, das auf 25 Jahre berechnet 55 500 Euro ausmache.

### Abschließende Bemerkung

Sarrazins Neigung zu Maßnahmen der Erbgutverbesserung bei Deutschen und der Hintanhaltung von zuviel dysgenischer Fortpflanzung der Unterschicht und der muslimischen Migra-

tion kann den Vorwurf des Rassismus rechtfertigen. Dennoch macht es Sinn, sich mit seinen Vorschlägen auseinander zu setzen. Sie sind überwiegend nicht absurd und zwingen jedenfalls zu etwas mehr Klarheit in den Positionen. Und das kann im Kontext der Debatten um Migrations-, Sozial- und Bildungspolitik nicht schaden. 



# Kino der Solidarität

**Fast zwei Wochen** lang war Wien vom 21.10. bis 3.11. mit der »Viennale« Bühne des internationalen Kinos. Thomas Riegler hat sich von dieser Hochsaison für Cineasten für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem medienkritischen und radikalen Filmemacher Peter Watkins und seinem beeindruckenden Werk »La Commune« inspirieren lassen.

**D**ieser Beitrag behandelt das Werk des 1935 geborenen britischen Regisseur Peter Watkins mit besonderem Augenmerk auf seinen letzten Film *La Commune* (1999). Watkins Schaffen verbindet die Konventionen des Underground- und Alternativkinos mit jenen des Third Cinema, aber auch mit dem klassischen kommerziellen Kino. Seine Filme thematisieren oft schon in ihrem Produktionsprozess eine bestimmte Form von Gemeinschaft und Solidarität. Dies dient als Ausdruck eines kollektiven Engagements, das in den emanzipatorischen Dynamiken der Sechzigerjahre seinen Ursprung nimmt, und oft die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen Medien, Kultur und Politik vorwegnimmt. Sein letzter Film *La Commune*, in dem Laien-Darsteller ihr jeweils eigenes historisches »Script« entwickeln und vor laufender Kamera kollektive Diskussionen über aktuelle politische Themen abhalten, entspricht genau dieser Konzeption.

Im Rahmen dieses Beitrags wird der einzigartigen Ästhetik und den radikalen Vermittlungsstrategien von Peter Watkins Kino nachgegangen – im Zentrum steht dabei der Film *La Commune* und die Fragen, wie darin revolutionäres Handeln, Solidarität und Partizipation dargestellt vermittelt wird.

## 1. DER REGISSEUR

Peter Watkins hat im Filmemachen seit dem Beginn seiner Karriere ein revolutionäres, kommunikatives Potential gesehen. Bereits als Absolvent von Cambridge begann er Dokumentarfilme zu drehen, die sich radikal gegen konventionelle Formen der filmischen Darstellung und Vermittlung richteten. Von der BBC früh unter Vertrag genommen, schaffte Watkins mit *Culloden* (1964) den Durchbruch. Darin berichtet eine Fernsehcrew über die Vorgeschichte, den Verlauf und die Folgen der Schlacht von Culloden 1746: Es handelt sich

dabei um die letzte kriegerische Auseinandersetzung auf britischen Boden – den Untergang der rebellischen Hochländer unter ihrem Anführer Charles Edward Stuart im Kampf gegen waffentechnisch überlegene Regierungstruppen. Das innovative Element besteht darin, dass Watkins das historische Geschehen mit Laiendarstellern im Stil eines modernen Wochenschauberichtes inszeniert. Auf diese Weise wirken die Geschehnisse unmittelbar und sehr realistisch, während die Bezüge zur Gegenwart offensichtlich sind: Vom damals wütenden Vietnamkrieg, über die Kritik an den bedrückenden sozialen Verhältnissen bis hin zur kritischen Rolle der Medien bei der »Einrahmung« und Aufbereitung kriegerischer Ereignisse.

Dasselbe Konzept verfolgte Watkins bei seinem nachfolgenden Film *The War Game* (1965): Auch hier handelt es sich wie im Falle von *Culloden* um eine »Fake Doku« – und zwar werden wiederum im Nachrichtenformat die apokalyptischen Konsequenzen eines nuklearen Angriffs auf Großbritannien simuliert. Das kritische Moment besteht darin, dass die staatlichen Schutzmaßnahmen und Krisenpläne als vollkommen sinnlos entlarvt werden. Nichts und niemand ist in der Lage Schutz vor einem nuklearen Holocaust zu finden. Eben wegen seiner ungeheuer verstörenden Bilder wurde *The War Game* von der BBC als »zu entsetzend bewertet, als dass eine Ausstrahlung in Frage käme«. Mit diesem Streit nahm das tiefe Zerwürfnis zwischen Watkins und den Programmmachern/Senderverantwortlichen seinen Ausgang, das sein gesamtes weiteres künstlerisches Schaffen bestimmen sollte.

1967 drehte Watkins seinen einzigen großen Ausstattungsfilm *The Privilege*, eine negative Utopie über einen jungen Popstar, der von den Medien und Regierenden zwecks Kontrolle der Jugend als Heilsbringer instrumentalisiert wird.



Der kommerzielle Misserfolg des Films führte zur allmählichen Marginalisierung von Watkins, der daraufhin Großbritannien verließ. Im Verlauf ständig wechselnder Aufenthalte in Skandinavien, Frankreich, den USA, Litauen und Kanada suchte und fand er immer wieder Möglichkeiten, seine Filme zu realisieren: In *Punishment Park* (1969) müssen unangepasste, rebellische Jugendliche durch eine kalifornische Wüstenlandschaft fliehen, während sadistische Polizisten auf sie Jagd machen. Die fiktionale Handlung ist klar angelehnt an die sozialen und politischen Spannungen der Nixon-Ära und denkt faschistoide Tendenzen in der amerikanischen Gesellschaft konsequent zu Ende. Hervorzuheben ist weiters Watkins Künstlerbiographie *Edvard Munch* (1976), worin er die Wechselbeziehung zwischen dem berühmten Maler, seinem sozialen Umfeld und den konservativen Konventionen seiner Zeit beschreibt. 1994 schuf Watkins *The Freethinker* – ein viereinhalbstündiges Porträt des unangepassten Schriftstellers August Strindberg für das schwedische Fernsehen, das sich danach weigerte, den Film auszustrahlen. Und schließlich thematisiert *La Commune* (1999) Aufstieg und Fall der Pariser Kommune von 1871, einem der bekanntesten revolutionären Ereignisse des 19. Jahrhunderts.

## 2. PETER WATKINS MEDIENKRITIK

Seit seinem Bruch mit der BBC ist Peter Watkins ein profilierter Medienkritiker. Seine Filme handeln immer wieder davon, wie Medien und Journalisten funktional benutzt werden, um Kontrolle und Macht durchzusetzen: »Die Medienprofis haben eine Schlüsselrolle bei der Aufrechterhaltung der autoritären Systeme und der Spirale physischer, sexueller und moralischer Gewalt.« Dabei hätte das Fernsehen laut Watkins durchaus eine alternative Richtung einschlagen und ein wirklich demokratisches Kommunikations- und Interaktionsmedium werden können: »Aber es befindet sich in den Händen einer Elite von mächtigen Agenten, Magnaten, Managern, Programm- und Produktionsleitern, die eine ungeheure Macht auf sich vereinen und überall ihre globalistische, kommerzielle, grausam-zynische Ideologie durchsetzen wol-

len. Natürlich wollen sie ihre Macht mit niemandem teilen. Ihnen geht es nur darum, ungehindert Einfluss auf die Menschen ausüben zu können. Deshalb stoßen wir heute überall auf die gleichen Bilder und auf die gleiche Weigerung, eine verantwortliche und vernünftige Haltung gegenüber der Gemeinschaft zu übernehmen.«

Besonders kritisch zu betrachten ist Watkins Ansicht nach, dass das Fernsehen der Gesellschaft »totalitäre Erzählstrukturen« aufgezwungen hat – er hat dafür die Bezeichnung »Monoform« geprägt. Darunter versteht Watkins »eine Flut von Bildern und Tönen, in schneller und dichter Folge aneinander gehängt, eine fragmentierte Struktur also, die aber glatt wirkt«. Diese Mischung finde sich überall, ob Seifenoper, Krimiserie oder Nachrichtensendung – alles ist streng vereinheitlicht: »Entgegen dem Anschein ist die Monoform rigide und kontrolliert. Sie verkennt die unendlichen Möglichkeiten des Publikums und unterschätzt seine Reife.«

Die Monoform ist also ein intolerantes und antidemokratisches Bild, so Watkins weiter, in welchem das Publikum »nicht aus vielen komplexen Individuen« besteht, »sondern aus einem einzigen großen Menschenblock, der für Werbeleute und die auf den Audimat fixierten Programmierer – also für den Kapitalismus und die Marktwirtschaft – das ideale Ziel abgibt«. Die Massenkultur, die der Öffentlichkeit auf diese Weise aufgezwungen worden sei, »ist vulgär, engstirnig und brutal, beruht auf Vereinfachung und Voyeurismus, ist voller sexistischer und chauvinistischer Stereotype und dem Kult ums Geld verfallen. Die gesellschaftlichen Auswirkungen der Monoform sind verheerend«, so das Urteil von Watkins.

Sein künstlerisches Schaffen steht unter dem Vorzeichen, diese Monoform mit seinem Konzept zu durchbrechen und alternative Wege aufzuzeigen. Und zwar in mehrfacher Hinsicht: Zunächst geht es ihm darum, dem Publikum stets die Künstlichkeit der verführerischen Bilder aufzuzeigen. Die Präsenz der fiktionalen Reporter, ob nun auf dem Schlachtfeld

von Culloden oder während der Barrikadenkämpfe in Paris (*La Commune*), ist ein Stilmittel der Distanzierung. Letzterer Film etwa beginnt mit den Worten: »Stellen Sie sich bitte vor, wir hätten den 18. März 1871« und schärft dem Publikum ein, dass das zu Sehende inszeniert ist und mit dem Heute, dem Hier und Jetzt verbunden ist.

Gleichzeitig bedient sich Watkins zentraler Elemente des *cinéma vérité* in der Tradition des italienischen Neorealismus: Der Einsatz von Laien zieht sich durch sein gesamtes Werk – um hier noch authentischer zu wirken, besetzte Watkins etwa die Rollen von Rechten mit tatsächlichen Reaktionären. Die Ordnungskräfte in *Punishment Park*, die über Munchs Malerei entrüstete Bourgeoise und die Angehörigen des Großbürgertums in *La Commune* drücken ihre ureigene Überzeugung aus. So ist z.B. die Rolle eines der TV-Kommentatoren des Regierungssenders in *La Commune* mit dem prominenten royalistischen Historiker François Foucart besetzt, der aus seiner Verachtung für die linksradikale Kommune kein Hehl macht. Auf der Seite der Aufständischen wiederum finden sich zahlreiche Sans Papier, die über keine legale Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich verfügen und ihren Kampf für soziale Teilhabe daher auch wirklich »ausleben«.

Ein weiteres verfremdendes Element, das sich klar gegen die informellen Bestimmungen der Monoform auflehnt, ist etwa die Länge von *La Commune*: Der Film ist fünf Stunden und 45 Minuten lang. Ähnlich von Dauer sind *Edvard Munch* (210 Minuten) oder *The Freethinker* (276 Minuten). Dieses Format sperrt sich natürlich völlig mit den modernen TV-Konventionen, wo Inhalte so rasch als möglich vermittelt werden sollen und der Fokus auf leichtkonsumierbarer Unterhaltung liegt. Die Länge von Watkins Werken ist ein Akt der bewussten Auflehnung gegen die »universelle Uhr« der Monoform, die TV-Dokumentationen ein Maximum an 57 oder 47 Minuten zugesteht und auf diese Weise den Rhythmus und die interne Struktur des Formats diktiert.

Kommt dann noch Watkins Hang zu didaktischem Charakter, ausgedehnten Einstellungen und der Präferenz für Dialog statt Aktion, hinzu, dann ist nur allzu verständlich, warum sein Werk bis heute von Programmanstalten faktisch ignoriert wird. Watkins hat etwa *La Commune* in diesem Sinne als subversiven Beitrag zur Unterminierung der herrschenden Sehgewohnheiten aufgefasst: »Es geht um die Demokratie. Alternativformen müssen anerkannt werden. Die Erziehung durch die Medien soll kritisches Denken fördern und nicht die gedankenlose, sklavische Fortsetzung und Wiederholung des Bestehenden predigen. Mein Film *La Commune* ist ein Beitrag zu diesem Kampf. Er ermuntert auch zum revolutionären Kampf, der beim Anbruch dieses neuen Jahrhunderts eine Notwendigkeit ist.« Allerdings kam es auch in diesem Fall zu einer Gegenreaktion: *La Commune* war von ARTE federführend produziert worden, nach Fertigstellung weigerte sich die Verantwortlichen, den Film auf dem besten Sendeplatz zu zeigen, sondern verbannten ihn auf die Zeit zwischen 22 Uhr und 4 Uhr früh am 26. September 1999 – mit der Begründung, dass das der Film nicht für Primetime geeignet sei und einen »künstlerischen Misserfolg« darstelle. Wie Watkins kritisiert, bedeutete diese Entscheidung, dass zwei Drittel des Films ausgestrahlt wurden, während die Öffentlichkeit am Schlafen war. An diesem Punkt begann bereits die Marginalisierung von *La Commune*, die sich bis zum heutigen Tag fortsetzt.

### 3. »LA COMMUNE«

Der Film wurde im Verlauf von 13 Tagen im Juli 1999 in einer verlassenen Fabrik in Montreuil, am östlichen Stadtrand von Paris gedreht. Am selben Ort befanden sich einst die Studios des französischen Film-Pioniers Georges Méliès (1861–1938), der insgesamt 400 Filme machte, die Illusion, Pantomime und Burlesque vereinigten.

Die Pariser Kommune war der revolutionäre Stadtrat, der vom 18. März bis 28. Mai 1871 die Herrschaft in der französischen Hauptstadt innehatte. In diesen 72 Tagen versuchten

die Kommunarden, Paris nach sozialistischen Vorstellungen zu verwalten und umzugestalten. An die Macht gekommen waren sie infolge der politischen Wirren unmittelbar nach Ende des Waffenstillstandes, der den Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 beendete. In diesem Krieg war das Kaiserreich Napoleon III. untergegangen, an seine Stelle trat eine von konservativen Kräften dominierte Republik. In Paris dagegen existierte bereits eine starke republikanische Bewegung, die sich aus vielen verschiedenen Strömungen zusammensetzte.

In Folge der langen deutschen Belagerung der Stadt und der damit verbundenen militärischen Mobilisierung der Bevölkerung im Rahmen der Nationalgarde war ein revolutionäres Potential gegeben – das sich am 18. März 1871 spontan entlud, als die Regierung Soldaten schickte, um die Artillerie der Nationalgarde zu beschlagnahmen. Die Aufständischen eroberten kampflos das Zentrum von Paris, die Regierung von Premierminister Adolphe Thiers setzte sich nach Versailles ab. Acht Tage später fanden kommunale Wahlen statt, die mit einem Sieg der Linken endeten.

Der Gemeinderat (Commune) verkündete die allgemeine Volksbewaffnung und ordnete die Verteidigung von Paris an – gegen die vor den Toren der Hauptstadt stehenden deutschen Truppen als auch gegen die französischen Regierungstruppen. Letztere rückten alsbald zur Wiederherstellung der Ordnung gegen das rebellische Paris vor und eroberte dieses in der so genannten »blutigen Woche« zwischen 21. und 28. Mai 1871 zurück. Bei den Kämpfen und nachfolgenden Massakern wurden 20.000 Aufständische getötet und etwa 40.000 inhaftiert. Das Ausmaß des Blutbads erklärt sich dadurch, dass die Generäle unter stillschweigender Duldung der Regierung jeden weiteren Aufbruch im Keim ersticken wollten. Die standrechtlichen Erschießungen gerieten zur finalen Abrechnung mit dem »roten« Paris.

Die französischen Situationisten, eine linksradikale Künstlergruppe der 1950er und 1960er Jahren, hat die Aufständischen

passend gewürdigt: »Die Kommune war das größte Fest des neunzehnten Jahrhunderts.« Die Kommunarden seien »Herr ihrer eigenen Geschichte geworden« und das nicht so sehr auf Ebene der Regierungspolitik, »sondern auf Ebene des täglichen Lebens«. Es sei auch in diesem Sinne, von Marx verstanden worden, wenn er sagte, dass »die wichtigste soziale Maßnahme der Kommune ihre eigene Existenz in Taten war«.

Die Geschichte der Kommune ist mehrmals verfilmt worden – etwa im sowjetischen Stummfilm *Das neue Babylon* (1929) von Girorgi Kozintsev. Peter Watkins wählte sein bewährtes Format der Doku-Fiction: Über 220 Schauspieler, von denen 60 Prozent Laien waren, verkörperten die Arbeiter des Popincourt-Viertels im 11. Arrondissement. Sie stellten die sozialen und politischen Debatten nach, die die Pariser Kommunarden damals bewegten. Zu diesem Zweck wurde der Cast Monate vor dem eigentlichen Dreh gebeten, seine eigenen Recherchen über die Kommune anzustellen. Zusätzlich hatte Watkins ein eigenes Team, das über ein Jahr gemeinsam mit Experten wie Alain Dalotel, Michel Cordillot, Marcel Cerf, Robert Tombs und Jacques Rougerie die Geschichte der Kommune nachforschte und die Fakten aufbereitete.

In *La Commune* wird das Geschehen aus der Sicht von TV-Journalisten vermittelt, die über die Ereignissen berichten. Und zwar aus zwei konträren Perspektiven: Aus der Sicht der Aufständischen und ihres Fernsehkanal (Commune TV) bzw. dem Medium der Regierung (TV Nationale Versailles), die Paris verlassen und nach Versailles geflüchtet ist. Trotz der authentischen Ausstattung drehen sich die Diskussionen oft um zeitgenössische Themen wie Arbeitslosigkeit, Bildung, Soziales, oder Rassismus. Die Hauptstossrichtung der Kritik richtet sich nicht gegen die konservativen Machthaber in Versailles, sondern gegen die heutige Politik- und Gesellschaftsform. So ist es nur konsequent, dass Watkins keine der »großen« Ereignisse der Kommune – die Erschießung des Pariser Erzbischofs Darbois, das Niederbrennen des Rathauses oder der Tuilerien – nachstellt, sondern sich ganz auf »kleine« Ereignisse be-

schränkt: Eine Versammlung der »Union des Femmes«, die Gründung von Kooperativen, neue »revolutionäre« Erziehung in einem Klassenzimmer und schließlich die Verteidigung einer einzelnen Barrikade. Die Gestaltung des Sets unterstreicht bewusst die Künstlichkeit – das Ziel war, wie Watkins es ausdrückt, zwischen Realität und dem Theatralischen zu schweben«. Der Film will keine Rekonstruktion sein, sondern ein Mittel, sowohl die Vergangenheit und die Gegenwart kritisch zu hinterfragen. Das Viertel mit dem zentralen Place Voltaire und der Rue Popincourt, das die Handlung nie verlässt, ist als künstliches Element innerhalb eines Innenraums klar erkennbar. Der ganze Bereich wird von oben mit Neonlicht erleuchtet, was es Watkins ermöglicht, lange, ununterbrochene Einstellungen mit Handkamera zu filmen. Eben dieses Ineinanderübergehen von Form und Arbeitsverfahren ist ein zentrales Element von *La Commune*.

Der Hauptteil des Films besteht aus lebhafter Diskussion – eine der wichtigsten Fragen, die dabei aufgeworfen wird, ist die nach dem besten Mittel oder Weg, eine bessere Gesellschaftsform aufzubauen. Und man sucht nach den Prinzipien, auf denen diese basieren soll bzw. beschäftigt sich mit den »Kinderkrankheiten« revolutionärer Regierungen, wenn sie eine neue Ordnung praktisch durchsetzen wollen. Gleich ob die Schauspieler die Beteiligung der Arbeiter am Profit der Eigentümer oder die Einsetzung eines Komitees für die öffentliche Sicherheit diskutieren, sie sprechen frei und kein Skript nach.

Eben diese Spontaneität und die Emotionen, die sich daraus ergeben, machen den besonderen Charakter von *La Commune* aus. Immer wieder wird direkt auf die Gegenwart Bezug genommen und damit die Nähe/Verbundenheit zwischen der historischen und der gegenwärtigen Situation verdeutlicht: »Mehr als ein Jahrhundert später haben wir Menschen auf den Mond gesandt, etc. Aber es ist immer noch die gleiche Sache. Obdachlosigkeit, Prekarität, Elend. Wachsende Ungleichheit.« Wenn die »Union des Femmes« ihre Versammlung ab-

hält, dann spricht man über die Situation im Frankreich von 1999 und kritisiert etwa, dass Frauen in den Hierarchien des akademischen Bereichs immer noch unterrepräsentiert sind. Weiters werden die Sans Papiers als moderne Kommunarden identifiziert, weil diese Gruppe im gegenwärtigen Frankreich vergleichsweise ähnlich marginalisiert und unterdrückt wird wie die proletarische Schicht im 19. Jahrhundert.

In *La Commune* erheben die Mitwirkenden den Anspruch, die kollektive Stimme der Kommunarden wiederzubeleben bzw. selbst als Kollektiv zu sprechen. In diesem Sinne ergreift man nicht nur das Wort, um sich zu artikulieren, sondern um sich darüber hinaus als handlungsfähiges politisches Subjekt zu ermächtigen. Die Darsteller stellen nicht einfach die Ereignisse nach, sondern eignen sich diese kognitiv-bewusst an. Sowohl in der Produktion als auch in der Rezeption wird der Film zur Quelle politischer Erfahrung. Allerdings werden die Schattenseiten Diskurs und Debatte nicht ausgespart: Jedes Argument findet sein Gegen-Argument, wodurch sich die Diskussionen bisweilen lähmend im Kreis drehen: »Es ist hart, ein Demokrat zu sein«, sagt eine Frau im Film. Der Film zeigt, wie sich die Kommune in endlosen Debatten verstrickt anstatt effektive Verteidigungsmaßnahmen zu organisieren: »Jeder debattiert, keiner gehorcht«, grummelt ein Charakter.

Ein weiteres Moment der Solidarität besteht in der Formierung eines kollektiven Körpers: Die Kommunarden halten als Formation zusammen, selbst als sie bereits von den Regierungstruppen bedrängt werden. Eine sozial dynamische, selbstbestimmte Masse, die sich ständig Räume erschließt und diese beansprucht bzw. ihrem emotionalen Zustand kollektiv Ausdruck verleiht: Ob Freude, Wut oder Ängste, in *La Commune* dominiert die Kollektivität der Erfahrung. Gleich ob die Kommune letztendlich tragisch niedergeschlagen wird, der gemeinsame solidarische Kampf der Aufständischen gegen die Übermacht macht aus der Niederlage einen moralischen Sieg, von dem bis heute große Wirkung ausgeht. In diesem Sinne sind die Kommunarden mit ihrem radikalen Projekt

## LINKS UND LITERATUR

Homepage von Peter Watkins unter <http://pwatkins.mnsi.net/> | **Rebound pour La Commune** unter <http://www.rebond.org/> | Peter Watkins filmt die Pariser Kommune, in: *Le Monde diplomatique*, 17. 3. 2000 | Barbara Köppel, *Praktiken filmischer Politisierung in Peter Watkins' La Commune*, Diplomarbeit, Wien 2009

gesellschaftlicher Veränderung keineswegs gescheitert – das haben schon die französischen Situationisten in ihren »Thesen zur Pariser Kommune« festgehalten: »Vom allwissenden Standpunkt Gottes oder dem des klassischen Novellisten ... kann man einfach beweisen, dass die Kommune objektiv gesehen zum Scheitern verurteilt war ... Sie vergessen, dass für die, die sie wirklich gelebt haben, die Erfüllung längst schon da war.« Peter Watkins wiederum hat das utopische Moment an der Kommune als zentrales Vermächtnis für unsere Gegenwart herausgestrichen: »Was in Paris im Frühling 1871 passiert ist, repräsentierte und repräsentiert immer noch die Idee von der Hingabe für den Kampf für eine bessere Welt, und dass wir eine Form von kollektivem sozialen Utopia brauchen – die wir heute genauso sehr brauchen, wie Todkranke Plasma benötigen.«


## 4. SCHLUSSBETRACHTUNG

Abschließend geht es darum, noch auf weitere Beispiele eingehen, wo das Medium Film aktiv als Mittel für soziale und politische Veränderungen eingesetzt wurde. Hier ist zunächst einmal das »Third Cinema«, das vor allem von lateinamerikanischen Filmemachern in den 1960er und 1970er Jahren geprägt wurde, zu nennen. Es zeichnet sich durch die Ablehnung des Neokolonialismus, des Kapitalismus, bourgeoiser Werte und des Hollywood-Modells, das auch als »Frist Cinema« bezeichnet wurde, aus. Als radikales Gegenmodell appellierte das »Third Cinema« an die Massen, indem es antrat, die »Wahrheit« zu vertreten und zur Veränderung des Status quo aufrief.

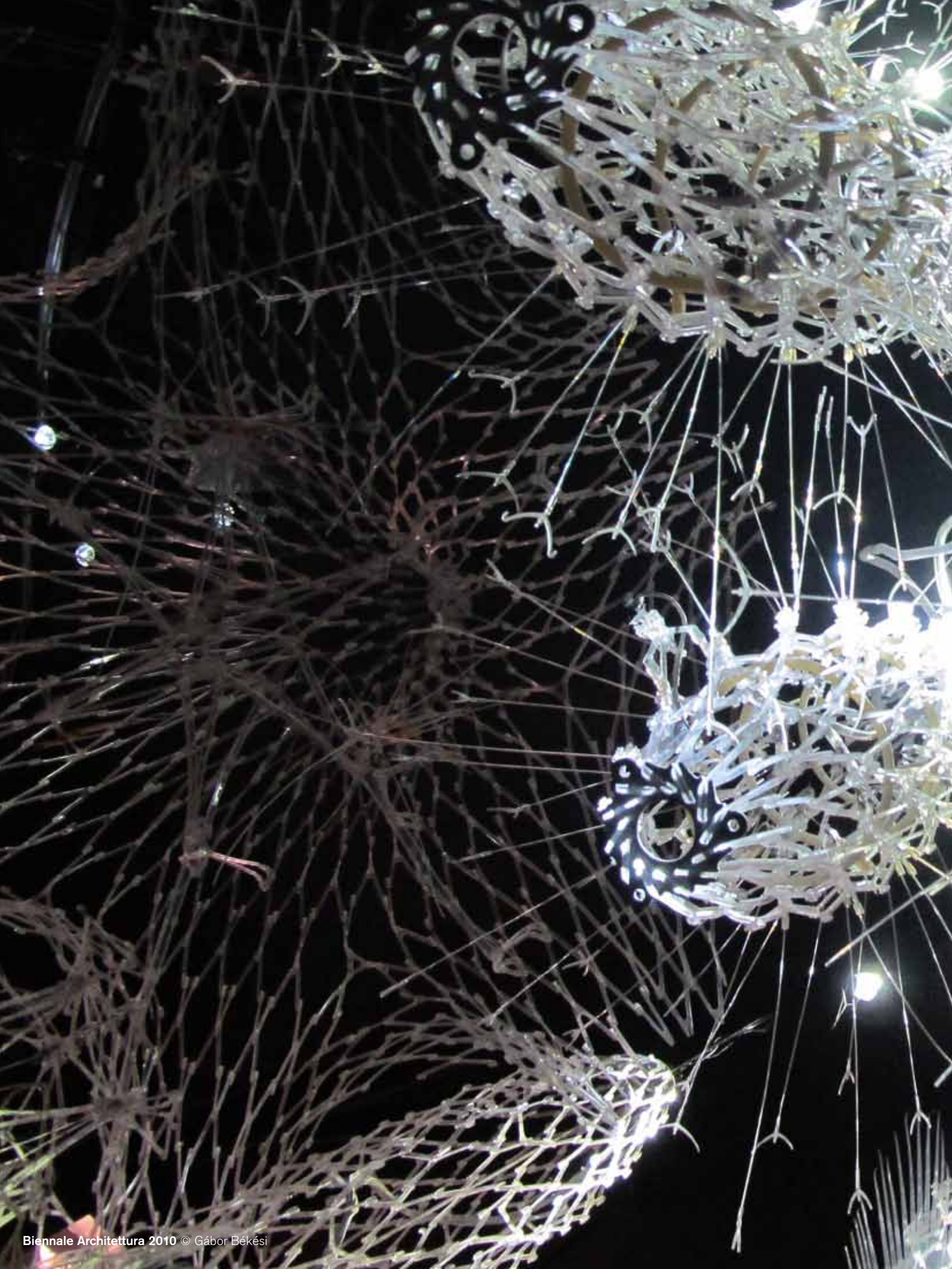
Der italienische Neorealismus verfolgte von Mitte der 1940er Jahre bis in die 1960er Jahre eine ähnliche Stoßrichtung: Politisch durch den Marxismus und die Erfahrung des Faschismus geprägt, sollten die Filme die ungeschminkte Wirklichkeit zeigen: Das Leiden unter der Diktatur, die Armut und die Unterdrückung des einfachen Volkes. Der Neorealismus ist in erster Linie ein »moralischer Begriff«, so Roland Barthes, der »genau das als Wirklichkeit darstellt, was die

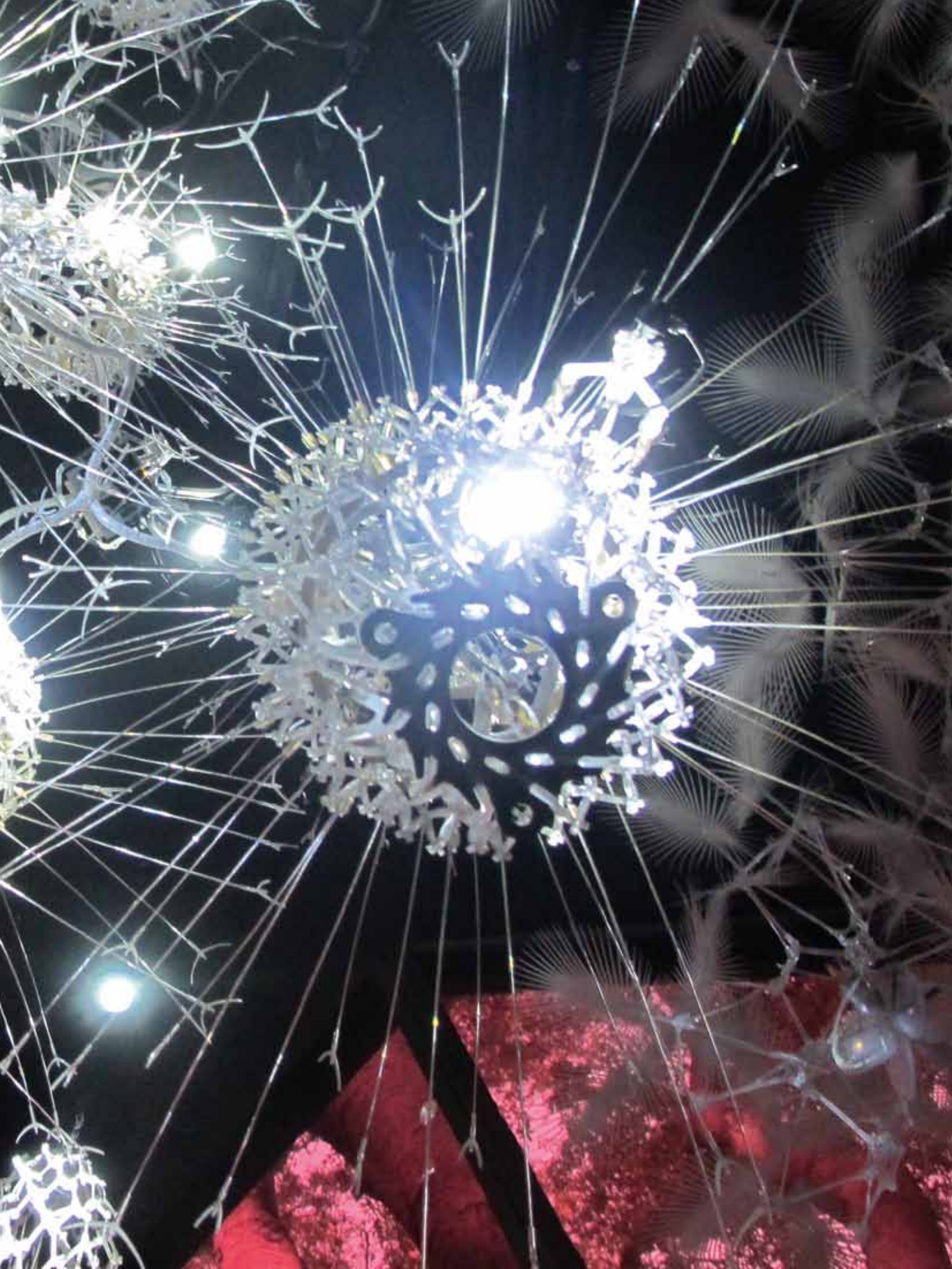
bürgerliche Gesellschaft sich bemüht zu verbergen«. Als einer der bedeutendsten Vertreter ist hier neben Roberto Rossellini vor allem Gillo Pontecorvo zu nennen. Sein bekanntester Film *Die Schlacht um Algier* (1965) war eine wirkungsvolle Anklage des französischen Kolonialismus und eine »Hymne« auf den Kampf des algerischen Volkes für nationale Selbstbestimmung. Der Film verstand sich auch als mitreißende Aufforderung zu Handeln und wurde auch so verstanden – die Black Panthers, die IRA und selbst die Tamilischen Tiger hielten eigene Vorführungen für ihre Mitglieder ab, um diese in der Anwendung des algerischen Modells vom Guerillakrieg zu schulen.

Nach dieser Hochblüte des politischen Kinos Ende der 1960er Jahre und Anfang der frühen 1970er Jahre folgte eine längere »Durststrecke«, bedingt durch konservative Dominanz in den 1980er Jahren, den Zerfall des Ostblocks und den darauffolgenden Verlust universeller Wahrheiten. Jedoch ist im Gefolge der globalisierungskritischen Bewegung, dem 11. September 2001 sowie dem Durchbruch neuer Kommunikationstechnologien eine weitere Welle des politischen Kinos losgebrochen, die sich im Boom des kritischen Dokumentarfilms und einem neuem Realismus ausdrückt, der sogar den Mainstream erreicht hat (*Crash*, *Bloody Sunday*, *Che*, *Syriana*, *Carlos*, *Redacted*, etc.)

Zweifellos ist das Kino aufgrund seiner einzigartigen Vermittlungskraft besonders geeignet, den Betrachter in komplexe soziale und politische Zusammenhänge zu hineinversetzen, Bewusstsein zu bilden und zum aktiven Engagement zu motivieren. Watkins *La Commune* ist das beste Beispiel für diese subversive Qualität des politischen Films – gerade wenn es darum geht, der Dominanz der »Monoform« entsprechend entgegenzutreten und diese mit alternativen Bildern und Erzählungen aufzubrechen. 

**THOMAS RIEGLER**  
ist Historiker in Wien.





# Soziologie, Revolution & Kreisky



## **Wolf Lepenies** AUGUSTE COMTE

Er gab der Soziologie ihren Namen und begründete den Positivismus: Auguste Comte. Mittels revolutionärer Medien versuchte er im 19. Jahrhundert, die Ausbreitung seiner Ideen zu fördern.

Er stiftete einen Orden, der mit Plakaten, Plastiken, Medaillen und Grafiken das positivistische Weltbild unter den Massen verbreitete. Wolf Lepenies erzählt ein erstaunliches Kapitel aus der Geschichte unserer Medienkultur.

CARL HANSER VERLAG, 208 Seiten, 19,40 Euro



## **Wolfgang Petritsch** BRUNO KREISKY

Kreativität, Gestaltungswillen und der für ihn so typische grantelnde Humor: Kreiskys widerspruchsvolle Persönlichkeit spiegelte sein außergewöhnliches Leben. Der weltoffene Intellektuelle prägte den politischen und wirtschaftlichen

Aufstieg Österreichs. Als Bundeskanzler leitete er grundlegende Reformen und machte die SPÖ zu der erfolgreichsten sozialdemokratischen Partei Westeuropas.

RESIDENZ VERLAG, 320 Seiten, 26,90 Euro



## **Emma Goldman** GELEBTES LEBEN

Emma Goldman (1869–1940), Anarchistin, Revolutionäre, Agitatorin, Frauenrechtlerin, beschreibt ihr ungewöhnliches, aufregendes Leben. Sie ist Freud, Hemingway und Lenin begegnet, hat sich gegen die Wehrpflicht eingesetzt und für die Rechte der Arbeiter, der

Frauen und Kinder und für die freie Liebe gekämpft. *Gelebtes Leben* ist das Zeugnis einer unabhängigen Frau.

EDITION NAUTILUS, 926 Seiten, 35,90 Euro

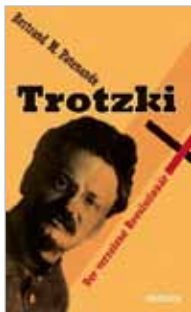


## **John Keegan** DER AMERIKANISCHE BÜRGERKRIEG

Es war das größte Blutvergießen, das die Menschheit bis dahin erlebt hatte: Mit über 700.000 gefallenen Soldaten war der amerikanische Bürgerkrieg blutiger und verlustreicher als alle Kriege zusammen, die die USA seither geführt haben.

Und was seine Brutalität und Totalität angeht, nahm er sogar die Schrecken des Ersten Weltkriegs vorweg. Für ihn ist dieser Konflikt der erste moderne Krieg.

ROWOHLT BERLIN VERLAG, 512 Seiten, 27,80 Euro

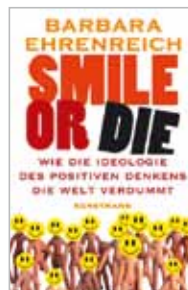


## **Bertrand M. Patenaude** TROTZKI

Dem Kampf für den »wahren« Kommunismus widmete Leo Trotzki sein Leben – ein atemloses Leben, immer an vorderster Front und mit vollem Risiko. Wie Stalin ließ er Widersacher aus dem Weg räumen und wurde dennoch nach seiner Verbannung aus der Sowjetunion

zum Idol einer ganzen Generation. Aus dem Exil kämpfte er dann elf Jahre lang vehement gegen Stalins Gewaltherrschaft.

PROPYLÄEN VERLAG, 430 Seiten, 25,70 Euro



## **Barbara Ehrenreich** SMILE OR DIE

Trotz fehlender wissenschaftlicher Evidenz haben »positive Psychologie« und Glücksforschung inzwischen sogar die Universitäten erobert. Doch nirgendwo ist das Ausblenden der Realität stärker verbreitet als in der Wirtschaft: Die

Weigerung, negative Entwicklungen überhaupt ins Auge zu fassen, hat – so Ehrenreich – wesentlich zum jüngsten Crash beigetragen.

VERLAG ANTJE KUNSTMANN, 253 Seiten, 20,50 Euro



Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße** (1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

# Emigration, Krieg & Frieden



**Peter Handke**  
IMMER NOCH STURM

In diesem Buch durchdringen sich Prosa und Drama, Theatralisches und Poetisches, Geschichtliches und Persönliches, und so wird am Ende doch fraglich, ob der überlebende Bruder der Mutter wirklich das letzte Wort hat: »Es herrscht weiterhin Sturm. Andauernder Sturm. Immer noch Sturm. Ja, wir haben das Unrecht begangen – das Unrecht, hier, gerade hier, geboren zu sein.«

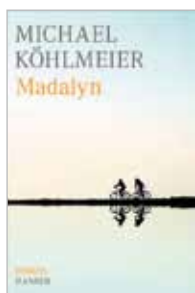
**SUHRKAMP, 166 Seiten, 16,40 Euro**



**Wolfgang Herrndorf**  
TSCHICK

Mutter in der Entzugsklinik, Vater mit Assistentin auf Geschäftsreise: Maik Klingenberg wird die großen Ferien allein am Pool der elterlichen Villa verbringen. Doch dann kreuzt Tschick auf. Tschick, eigentlich Andrej Tschichatschow, hat es von der Förderschule irgendwie bis aufs Gymnasium geschafft und wirkt doch nicht gerade wie das Musterbeispiel der Integration.

**ROWOHLT BERLIN VERLAG, 256 Seiten, 17,50 Euro**

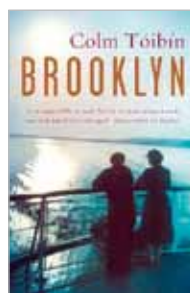


**Michael Köhlmeier**  
MADALYN

Sebastian Lukasser, Schriftsteller, kennt Madalyn seit ihrem fünften Lebensjahr. Sie kann ihm Dinge anvertrauen, die ihre Eltern nicht verstehen würden. Jetzt ist sie vierzehn und erlebt ihre erste, ausweglos komplizierte Liebesgeschichte.

Kompliziert, weil Moritz alles andere als ein leichter Fall ist – er wurde bei einem Einbruch erwischt und ist ein notorischer Lügner. Oder spricht er vielleicht doch die Wahrheit?

**CARL HANSER VERLAG, 172 Seiten, 18,40 Euro**



**COLM TÓIBÍN**  
BROOKLYN

Die junge Irin Eilis Lacey wandert um 1950 nach Amerika aus, um in Brooklyn eine neue Arbeit zu finden. Doch sie passt sich nur langsam an das neue Leben an, schließt nicht leicht Freundschaft. Ganz allmählich gewinnt sie Selbstvertrauen und merkt, dass sie zu einer selbständigen, erwachsenen Person geworden ist. Das macht ihr die Entscheidung zwischen Irland und Amerika nicht leichter.

**CARL HANSER VERLAG, 304 Seiten, 22,60 Euro**



**Alain Claude Sulzer**  
ZUR FALSCHEN ZEIT

Alain Claude Sulzer entfaltet in seinem Roman die Geschichte eines Mannes, der an sich selbst und an den Zeitumständen, in denen er lebt, scheitert. Die Geschichte eines Mannes, der erkennen muss, dass die Heirat mit einer Frau, die ihm selbst lange wie die Rettung schien, ein Fehler war. Und dass er sie betrügen und hintergehen muss, um die wahre Liebe seines Lebens zu leben.

**VERLAG GALIANI BERLIN, 230 Seiten, 19,50 Euro**



**Lew Tolstoi**  
KRIEG UND FRIEDEN

Das Epos einer Welt des Friedens, die unaufhörlich vom Krieg bedroht ist: Tolstois Klassiker liegt nun nach einem halben Jahrhundert endlich in einer Neuübersetzung von Barbara Conrad vor, die als erste konsequent dem Original folgt. Tolstois größtes Werk spannt ein weit verzweigtes Netz von Machtkämpfen, Familien- und Liebesgeschichten, in das die Weltgeschichte immer wieder gewaltsam eingreift.

**CARL HANSER VERLAG, 2288 Seiten (2 Bände), 59,70 Euro**

1 MATHIAS DOLLS, CLEMENS FUEST AND ANDREAS PEICHL (2010), Automatic Stabilizers and Economic Crisis: us. vs. Europe, NBER Working Paper No. 16275

# Daseinsvorsorge und Krise


**A**m Höhepunkt der Finanzkrise, im November 2008, verwies Jürgen Habermas auf die demokratiepolitischen und sozialen Folgen der in den letzten Jahren international beobachtbaren Erosion der öffentlichen Daseinsvorsorge. »Die Privatisierung der Alters- und Gesundheitsvorsorge, des öffentlichen Verkehrs, der Energieversorgung, des Strafvollzugs, militärischer Sicherungsaufgaben, weiter Bereiche der Schul- und Universitätsausbildung und das Ausliefern der kulturellen Infrastruktur von Städten und Gemeinden an das Engagement und die Großherzigkeit privater Stifter gehören zu einem Gesellschaftsdesign, das in seinen Risiken und Auswirkungen mit den egalitären Grundsätzen eines sozialen und demokratischen Rechtsstaates schlecht zusammenpasst.« (Die Zeit, 8. November 2008).

Bis zur Finanzkrise erfolgte eine tendenzielle Neuorientierung des Staates, mit dem Ziel, seinen Rückzug auf Kernfunktionen einzuleiten. Wesentliche Instrumente dazu waren Privatisierung von öffentlichem Eigentum und Deregulierung von Märkten. Spätestens seit Ausbruch der Finanzkrise hat diese Strategie einen Legitimationsverlust erlitten. Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung eine durch den Staat abgesicherte öffentliche Daseinsvorsorge wünscht. Aber schon vor der Krise wurde die Zurückdrängung des Staates in Frage gestellt. Zum einen, weil Liberalisierung und Privatisierung die in sie gesetzten Erwartungen (höhere Effizienz, höhere Kundenfreundlichkeit) oft nicht erfüllen konnten, zum anderen, weil das Auftreten großer internationaler Finanzinvestoren als Käufer von zuvor öffentlichen Unternehmen eine Diskussion über »strategisches öffentliches Eigentum« entfachte.

Weiters hat die jüngste Diskussion um den Klimawandel gezeigt, dass marktwirtschaftliche Instrumente wie Energiesteuern oder Emissionshandel nicht ausreichen, um die Klimaziele zu erreichen. Der notwendige Umbau des Energie- und Produktionssystems bedarf auch eines öffentlichen Beschaffungswesens bzw. öffentlicher Verkehrsinfrastruktura-

investitionen. In vielen Fällen ging die Liberalisierung und Deregulierung auf Kosten der Beschäftigten: Verschlechterte Arbeitsbedingungen bzw. eine Prekarisierung der Arbeitswelt waren die Folge.

Der Anteil an öffentlichem Eigentum an Unternehmen, die Dienstleistungen der Daseinsvorsorge erbringen, ist in Österreich im internationalen Vergleich noch relativ hoch, während in vielen anderen Ländern, insbesondere in Deutschland die Privatisierung – auch von kommunalen Einrichtungen – relativ weit fortgeschritten ist. Betrachtet man die öffentlichen Infrastrukturinvestitionen (inklusive der ausgegliederten Bereiche), so zeigt sich, dass trotz angespannter finanzieller Situation in den Krisenjahren die Investitionen nicht weiter zurückgefahren wurden. Die Kommunen haben somit eine konjunkturstabilisierende Rolle gespielt.

Neue Studien bestätigen, dass ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat mit umverteilender Wirkung, signifikant hohe Sozialtransfers und hier insbesondere die Arbeitslosenversicherung sowie eine hohe Staatsquote wichtige Voraussetzungen dafür sind, dass sich konjunkturelle Einbrüche nicht zu stark auf Wachstum und Arbeitslosigkeit auswirken.<sup>1</sup> Insbesondere dem Wohlfahrtsstaat der skandinavischen Länder, Belgiens, Frankreichs, Deutschlands und auch Österreichs wird eine hohe konjunkturstabilisierende Wirkung zugeschrieben – etwa im Vergleich zu den südlichen, zentral- und osteuropäischen EU-Ländern sowie den angelsächsischen Ländern (z. B. USA, Großbritannien). Ein Ausbau der Daseinsvorsorge, die Stärkung der Finanzausstattung der Städte und Gemeinden im Bereich von Kinderbetreuung, Schulen/Nachmittagsbetreuung, Soziales und Gesundheit sind somit ein Gebot der Stunde. Der nun im Zuge der Budgetkonsolidierung europaweit beobachtbare Rückbau des Sozialstaates ist nicht nur unter sozialen Gesichtspunkten, sondern auch auf Basis ökonomischer Überlegungen verhängnisvoll. 

**HELENE SCHUBERTH**  
arbeitet als Ökonomin in Wien.



